

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eintragung in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 dreistellige und gemischthellige Beilagen-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schließ-
 lichen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Arbeiter als Schutztruppe der Reaktion.

Vor drei Jahren fand in Frankfurt am Main der „erste deutsche Arbeiterkongress“ statt. Unter diesem anmaßlichen Namen tagte dort eine Versammlung von Leuten, die sich als die Vertreter der „religiös und national gesinnten Arbeiterschaft Deutschlands“ bezeichneten. Die Organisationen, die hinter ihnen standen (Christliche Gewerkschaften, katholische und evangelische Arbeitervereine, antisemitische Kaufmannsvereine usw.) umfaßten angeblich 600 000 Mitglieder, und ihre Frankfurter Tagung sollte erweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft doch noch nicht ganz der Sozialdemokratie verfallen sei und daß auch die „Christliche und nationale“ Arbeiterschaft die Interessen ihrer Klasse wahrzunehmen wisse. Ferner sollte die Frankfurter Tagung dazu dienen, die nichtsozialdemokratischen Arbeiterkreise einander näher zu bringen. Vor allen Dingen verhiessen sich die Hintermänner des Unternehmens eine günstige Einwirkung auf die Regierung im Sinne der bürgerlichen Sozialreform. Wenn hier nichtsozialdemokratische Arbeiter von tadellos „guter Gesinnung“ Forderungen (Regelung des Koalitionsrechtes, Reichsvereins- und Versammlungsrechts, Arbeitskammern, gesetzliche Anerkennung der Arbeiterberufsvereine usw.) stellten, so würden sich, dachte man, Regierung und Parteien beeilen, diese Forderungen zu erfüllen, womit man zugleich die Behauptung, daß die Sozialreform nur der Furcht vor der Sozialdemokratie und damit eigentlich nur diese Partei zu danken sei, zu widerlegen hoffte.

Besonders glaubte das Zentrum, das sich mit großem Eifer für die Frankfurter Veranstaltung ins Zeug legte, seinem Ansehen als sozial gesinnte Partei anzuhelfen und seinen Schützlingen, den Christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen, vermehrten Anhang zu verschaffen. Aber dieser Hoffnungen und Verrechnungen haben sich nicht erfüllt.

Von den Forderungen des Frankfurter Kongresses, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ in einer ihrer letzten Nummern, „ist zwar bis jetzt keine einzige auch nur teilweise erfüllt worden, wie überhaupt die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine in den letzten Jahren äußerst wenig produktiv gearbeitet hat. In Aussicht steht nur die Verleihung von Korporationsrechten an die Berufsorganisationen. Was aber diesbezüglich von den Plänen der Regierungen durchgeföhrt ist, hat die Arbeiterschaft nicht gerade mit großen Hoffnungen erfüllt, eher mit Mißtrauen. Trog der Audienz, welche der Reichskanzler im Dezember 1903 einer Deputation des Frankfurter Kongresses gewährt hat, ist das praktische Ergebnis der Bemühungen der Christlich-nationalen Arbeiterschaft um eine Befestigung ihres Standes, um Gleichberechtigung mit anderen Ständen also geradezu kläglich mager.“

Es ist eben ein Unsinn zu glauben, die Regierung werde freudig die Forderungen der Arbeiter erfüllen, wenn sie nur mit gegemender Bescheidenheit und mit der Versicherung religiöser und nationaler Gesinnung erhoben würden. Die Regierung denkt in diesen Dingen nicht anders als das Unternehmertum über die Gewerkschaftsbewegung; auch diesem ist es einerlei, ob eine Forderung auf Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung von christlicher oder sozialdemokratischer Seite erhoben wird. Die Regierung ist das Werkzeug der herrschenden Gesellschaftsordnung, in deren Ehre und deren Interesse sie tätig ist, und wenn sie etwas für die Arbeiterklasse tut, so geschieht das nicht, weil sie von gutgesinnten Arbeitern bescheiden darum gebeten, sondern weil sie durch die Rücksicht auf die Macht des klassenbewußten Proletariats dazu gezwungen wird.

Der Jammer des liberalen Blattes über die Gleichgültigkeit und Willkür der Regierung gegenüber den Forderungen der „Christlich-nationalen“ Arbeiterschaft verrät also ein beträchtliches Maß von Naivität. Vielleicht aber auch was Schlimmeres. Man darf wohl fragen: Was ist von seiten der bürgerlichen Parteien, was ist namentlich vom Zentrum geschehen, um den Forderungen des „ersten deutschen Arbeiterkongresses“ im Reichstage den gebührenden Nachdruck zu verleihen? Das Zentrum ist regierende Partei; ohne die Ultramontanen kann die Regierung keine Vorlage durchbringen; die ganze Militär-, Flotten- und Steuerpolitik im Reiche ist abhängig vom Zentrum. Dufendfaß hätte diese Partei Gelegenheit gehabt, für ihre Vereitwilligkeit in der Genehmigung von Regierungsforderungen die Erfüllung von Arbeiterforderungen zu verlangen. Aber das Zentrum hat in dieser Beziehung nichts getan; es hat von seiner Macht gegenüber der Regierung nicht den geringsten Gebrauch zugunsten der Arbeiter gemacht. Wenn daher die ultramontanen Blätter die Regierung der Untätigkeit anklagen, wenn sie sich erheben und entrüstet stellen, daß die Forderungen der „Christlich-nationalen“ Arbeiterschaft nicht erfüllt seien, so sollte sich diese Frage und Enttäuschung gegen die eigene Partei richten: Die Regierung will nicht, weil das Zentrum nicht will!

Aus dem weiteren Verlauf der „Christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung gewinnt man überhaupt den Eindruck, daß es dabei nicht auf die Entfaltung einer wirklichen Sozialpolitik, sondern vor allen Dingen auf ein Wahlmanöver zugunsten der Zentrumspartei abgesehen ist. Das Jahr 1908

rückt heran. Es herrscht allgemeine Dürre auf sozialpolitischem Gebiete; die Lebensmittelteuerung drückt das Volk; die politischen Sünden häufen sich — das Zentrum, das an alledem hervorragend beteiligt ist, weiß, was ihm bevorsteht: eine gewaltige Abrechnung, die namentlich im industriellen Westen Deutschlands, wo die Sozialdemokratie in den großen städtischen Wahlkreisen ihm bedenklich nahegerückt ist, übel für die Partei des Volksbetruges und Volksverrates ausfallen wird. Da gilt es noch einmal die äußersten Kräfte anspannen und sich der Arbeiterschaft, soweit sie noch nicht der Sozialdemokratie verfallen ist, zu versichern.

Diesem Zwecke dient offenbar der Aufruf an die „Christlich-nationale“ Arbeiterschaft Deutschlands, der dieser Tage durch die Presse ging. Darin wird hingewiesen auf die „Kulturmission“ der „Christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung, die hinstrebt einerseits auf die „Vertiefung des religiösen Gedankens und sittlichen Strebens“ im Arbeiter, die „allgemein soziale und speziell sozialpolitische Schulung“ — durch die konfessionellen Arbeitervereine; andererseits auf die Wahrung berufswirtschaftlicher Interessen — in den christlichen Gewerkschaften. Konfessionelle (katholische und evangelische) Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften seien „zwei Armen zu vergleichen, die der christliche Arbeiter zur Hebung seiner Standeslage gleichermaßen gebrauchen muß.“ Dann wird darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der „Christlich-nationalen“ Arbeiterschaft Deutschlands „sich der Notwendigkeit beider Standesorganisationen bis heute nicht bewußt geworden“ sei. Es gebe Tausende von Arbeitervereinen, die nicht den christlichen Gewerkschaften, und Tausende von Gewerkschaften, die nicht den Arbeitervereinen angehörten — ein Zustand, der von beiden Seiten als nichtig, als „Schwächung der Stohkraft der Bewegung“ angesehen werden müsse. Zum Schluß heißt es:

„Diesem Zustand abzuhelfen, haben sich die unterzeichneten Verbände der konfessionellen Arbeitervereine beider Konfessionen und der christlichen Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt. Sie wenden sich im vorliegenden Aufruf an die Christlich-nationale Arbeiterschaft ihres Verbreitungsgebietes, sie wollen dieselbe, stehend auf der hier gegebenen Begründung unter Hinweis auf das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung und der die Arbeiterbewegung, die soziale Reformarbeit wie das Volkswohl schädigenden Tendenzen der heutigen Sozialdemokratie auffordern: Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, treten ein in die konfessionellen Arbeitervereine eurer Konfession! Mitglieder der konfessionellen Arbeitervereine, treten den christlichen Gewerkschaften bei! Christlich-nationale Arbeiter! Durch die Zugewandtheit zu den beiden Organisationen verdrängt euer kulturelles Streben, im eigenen, wie im Interesse des Standes und der nationalen Wohlfahrt!“

Unterschieden ist der Aufruf von dem Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, dem Verband katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands, dem Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine, dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Das liberale Element überwiegt, wie man sieht, in einem Maße, daß man getost von einem ultramontanen Unternehmen reden kann, das sich des neutralen Aussehens oder auch der inneren Verwandtschaft wegen die Stöckerleute von der evangelischen Seite angegliedert hat. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilen kann, ist bereits für die nächste Zeit seitens der an dem Aufruf beteiligten Organisationen eine gemeinsame gegenseitige Agitation auf der ganzen Linie geplant: gegenseitiger Austausch der Mitgliederlisten, gemeinsame Propagandaveranstaltungen, intensive, planmäßig durchzuföhrende Hausagitation sollen zur Anwendung kommen.

Auch wenn der Hinweis auf das gewaltige Anwachsen der Sozialdemokratie nicht in dem Aufruf enthalten wäre, wüßte man auf dem Webrigen, wozu die „Christlich-nationale“ Arbeiterbewegung dienen soll. Kennzeichnend ist in dieser Beziehung das Bestreben, die christlichen Gewerkschaften, die sich bisher auf ihre „Selbständigkeit“ und „Neutralität“ so viel zugute taten, in möglichst enge und dauernde Verbindung mit den konfessionellen Arbeitervereinen zu bringen. Nach der Versicherung des Aufrufes dienen diese Arbeitervereine der Vertiefung des religiösen Gedankens und des sittlichen Strebens, der sozialen Schulung des Arbeiters. In Wirklichkeit sind die Arbeitervereine politische Organisationen, die evangelischen im Dienste der christlich-sozialen und nationalliberalen, die katholischen im Dienste der ultramontanen Partei. Die oberste Leitung der katholischen Arbeitervereine West-Deutschlands z. B. liegt in der Händen der Männer vom katholischen Volksverein, der bekanntesten Zentrumsorganisation, die örtliche Leitung besorgen die hochwürdigen Herren im Priesterrock, die allzeit getreuen Anwälte der Zentrumspartei.

Auf dem letzten Vertretertag dieser Arbeitervereine (Essen, 14. Oktober) wies Dr. Müller-W. Gladbach darauf hin, daß die Christlichen Gewerkschaften unter allen Umständen ihre Neutralität zu wahren hätten, zugleich aber für ihre Mitglieder die Pflicht befände, sich den konfessionellen Arbeitervereinen anzuschließen. Ein anderer Redner meinte, daß die katholischen Arbeitervereine hätten die „parteiliche Neutralität“ zu wahren, zugleich aber erklärte er es für die Pflicht der Arbeitervereine, bei der Hausagitation die katholische (des Zentrums-) Presse zu empfehlen, die Schriften des katholischen

Volkvereins in den Versammlungen zu besprechen, seine Flugblätter zu verteilen — d. h. im Dienste des Zentrums tätig zu sein. Die christlichen Gewerkschaften verpflichten, auch Mitglieder der Arbeitervereine zu werden, heißt nichts mehr und nichts weniger, als sie auf das Zentrum (und das ihm verwandte Stöckertum) verpflichten.

Die Unterordnung der christlichen Gewerkschaften unter die Herrschaft des Zentrums ist damit offenkundig. Wir wissen, daß, wenn wir dergleichen feststellen, von der Gegenseite auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie hingewiesen wird. Als ob sich damit das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zum Zentrum vergleichen ließe! Was ist die Sozialdemokratie? Eine Arbeiterpartei. Und was sind unsere Gewerkschaften? Arbeiterorganisationen. Was ist natürlicher, als daß die politische mit der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter Hand in Hand geht, damit sie sich gegenseitig ergänzen, sich stützen und fördern. Was aber ist das Zentrum? Eine Partei mit agrarisch-kapitalistisch-günstlichen Interessen. Eine Arbeiterorganisation, die sich dieser Partei unterordnet, ihr zu Macht verhilft, um selber das fünfte Rad am Wagen zu spielen, verrät die Arbeiterinteressen, macht die ihr folgende Arbeiterschaft dienstbar den eigenen Feinden.

Was das Zentrum den Arbeitern zu geben vermag, ist nur ein winziger Teil dessen, worauf die Arbeiterklasse Anspruch hat, ist nur ein Weniges im Verhältnis zu dem Vielen, was das Zentrum den Arbeitern durch seine Zoll- und Steuerpolitik, durch seine Bewilligungslust für Heer, Marine und Weltpolitik nimmt. Und angenommen, die sozialpolitischen Forderungen der „Christlich-nationalen“ würden erfüllt, was bedeutete es gegenüber der Fülle sozialer Not und politischen Druckes, worunter die Arbeiterklasse leidet, was bedeuten Dinge wie Arbeitskammern und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gegenüber einer Frage wie dem preussischen Dreiklassenwahlrecht, zu dessen Beseitigung das Zentrum seinen Finger rührt! Für die Arbeiterklasse in Preußen-Deutschland kommt es wahrhaftig nicht auf ein bißchen mehr oder weniger Sozialpolitik im Christlich-nationalen Sinne, sondern auf die Frage an: wie und wann wird diesem System von Willkür und Rechtslosigkeit, von Beschränktheit und Unfähigkeit, das von Preußen aus sich unheilvoll über das gesamte Reich erstreckt, ein Ende gemacht und damit die Grundlage geschaffen, von der aus erst die Bestrebungen der Arbeiterklasse mit Aussicht auf Erfolg weitergeföhrt werden können.

Dieses System zu erhalten, ist aber im Bunde mit den reaktionären Parteien vor allen Dingen das Zentrum bemüht. Wer als Arbeiter dieser Partei dient, verlegt seiner Klasse damit den Weg zum höheren Aufstieg und zur endlichen Befreiung. Das Zentrum weiß, weshalb es die Christlichen Gewerkschaftsbewegung und jetzt die Christlich-nationale Arbeiterbewegung ins Werk setzt. Es gedenkt sich eine gefügige Schutztruppe zu schaffen, durch die es seiner reaktionären, volks- und arbeiterfeindlichen Politik nach unten zu eine Stütze zu geben und dem sozialdemokratischen Aufsturm im Jahre 1908 begegnen zu können meint.

Die russische Revolution.

Massenausweisungen.

Die „D. Z.“ erhielt folgende Privatbefehle:
 Petersburg, 24. Oktober. Die russische Regierung kündigte wiederholt den Erlaß von Befehlen an, die das Los des Judentums verbessern sollen. Die Taten der Regierung freilich stehen in kräftigem Widerspruch zu ihren Versprechungen. Den Regierungsbehörden der Hauptstädte wurde befohlen, eine neue Registrierung der wohnberechtigten Juden vorzunehmen und alle nicht wohnberechtigten erbarmungslos anzuweisen. Da in den letzten Jahren die Kontrolle sehr mangelhaft geföhrt wurde, hatten zahlreiche Personen unangesehene Wohnsitz in den Hauptstädten genommen, die nun alle ausgewiesen werden. Bei den Ausweisungen, die schonungsvoll vor sich gehen, spielen sich herzerregende Szenen ab.

Herrn Stolypin, dem Justizminister der „echt russischen Leute“, ist nachgerade alles zuzutragen. Erzählte doch das bekannte Mitglied des „Verbandes des russischen Volkes“, Rechtsanwalt Pulzgel, dieser Tage folgendes: Vor einem Monat seien die Sektionspräsidenten des Verbandes von Stolypin im Winterpalais empfangen worden, wobei er nach Anhörung ihres politischen Glaubensbekenntnisses mit Entschiedenheit jeder Sympathie für den Parlamentarismus ent sagte!! Die Worte Stolypins seien sofort aufgezeichnet worden und könnten von allen damals anwesenden Sektionspräsidenten eidlich erhärtet werden. Stolypin habe damals gebeten, seine Worte nicht zu veröffentlichen. — Die Mitglieder des Verbandes hätten ihr Versprechen bis jetzt gehalten, jetzt aber, wo Stolypin mit verschiedenen Journalisten geredet habe, hielten sie sich nicht mehr für verpflichtet, zu schweigen.

Kennetel Sympathie mehr für den Parlamentarismus, Judenplakerei — alles echt Stolypinisch. Und die internationale jüdische Finanz gibt Geld dazu! —

Der Militärverband.

Eshtin, 24. Oktober. Beim Revisionsverfahren im Prozeß gegen Mitglieder des Militärverbandes verurteilte das Militärgericht von zwei Leutnants einen zum Verlaß der Ständerechte und

Verdammung und den anderen zu Rangverlust und Ausschließung aus dem Dienste. Die übrigen Angeklagten wurden mit Ausschließung aus dem Dienste und zweijähriger Festungshaft bestraft. Beide Leutnants und ein dritter Angeklagter wurden nach Fällung des Urteils flüchtig.

Post- und Telegraphenverband.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Am Montag fanden in Moskau viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen statt, welche das Befehlen eines neuen Bundes der Post- und Telegraphenbeamten aufdeckten. Der Bund bestand aus einer Gruppe junger Leute, hauptsächlich aus Post- und Telegraphenbeamten, die wegen des letzten Streiks aus dem Dienst entlassen worden waren. Nach den erfolgten Verhaftungen können die Angelegenheiten des Verbandes als liquidiert angesehen werden.

Ersi wenn der Journalismus über kurz oder lang wieder mit dem russischen Volk zu tun bekommt, dürfte sich zeigen, ob die offizielle Agentur mit ihrer schönfärblichen Auffassung recht hat, daß der Verband der Regierung nicht mehr gefährlich werden kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Oktober.

Die Wahl in Stade-Blumenthal.

Als Gesamtergebnis der Wahl im 18. hannoverschen Wahlkreis meldet das offiziöse Depeschensbureau folgende Zahlen: Reefe (natl.) 6594, Klaedemann (B. d. L.) 3425, Otto (Fr. Rp.) 3198, v. Beding (Welse) 1624, Ebert (Soz.) 6211 St. Somit ist Stichwahl zwischen Reefe und Ebert erforderlich. Nach der Meldung einer Korrespondenz hat außerdem der polnische Kandidat 193 Stimmen erhalten. — In der Hauptwahl im Jahre 1903 wurden für Sattler (natl.) 6466 Stimmen abgegeben, Ebert (Soz.) erhielt 5964, Lehrer Otto (Fr. Rp.) 3524, Gutspächter Beding (Welse) 2138 und Hofbesitzer Klaedemann (B. d. L.) 1918 Stimmen. Bei der gestrigen Wahl verloren demnach die Freisinnigen 326, der Welse 514 Stimmen, während der Bund der Landwirte 1507, die Sozialdemokratie 247 und der Nationalliberale 128 Stimmen gemannen.

Der Wahlkreis ist alter nationalliberaler Besitz; er wurde früher von Vennigsen vertreten. Nur einmal ist er den Nationalliberalen genommen worden und zwar im Jahre 1884 von den Freisinnigen. Seit 1890 steht die Sozialdemokratie an zweiter Stelle und hat den Nationalliberalen das Mandat in steigendem Maße streitig gemacht.

Bezeichnenderweise wurde diesmal von der Freisinnigen Volkspartei in aufdringlicher Weise eine Verständigung mit den Nationalliberalen versucht. Sie waren bereit, gleich in der Hauptwahl für den Nationalliberalen einzutreten, wenn das Reichstagsmandat alternierend ausgeübt werden sollte, oder dem Freisinn ein Landtagsmandat überlassen würde. Die Nationalliberalen lehnten ab, weil ihr Kandidat auf dem „linken Flügel“ stehe, der „einen gemeinschaftlichen Kampf gegen Sozialdemokratie, Bündler und eventuell Freisinnige Vereinigung ermöglichen“.

Als dieser verunglückte Wahlschacher bekannt wurde und die Freisinnigen von unseren Genossen verhöhnt wurden, gerieten sie in Harnisch und führten nicht allein gegen uns, sondern auch gegen die Nationalliberalen schweres Geschütz auf. Seit Mitte September reiste der freisinnige Kandidat im Kreise von Ort zu Ort und hatte den Parteisekretär Schumann und die Abgeordneten Kopsch, Mertens, Biemer und Goldschmidt zur Hilfe geholt. Die Wähler haben indes diese Politik durchschaut, so daß der Freisinn trotz enormer Anstrengungen einen Verlust an Stimmen erlitt, der zweifellos auf die Nationalliberalen überging.

Andererseits haben die Bündler die Erklärung der Nationalliberalen, ihr Kandidat stehe auf dem „linken Flügel“, als Streberklärung betrachtet und unter dem Deckmantel der Mittelstandsretterei nun sehr rührige Tätigkeit entfaltet. Die erhebliche Zunahme ihrer Stimmenzahl rekrutiert sich in der Hauptsache aus früherem nationalliberalen Besitz und den weilsch gesimten Großbauern.

Wenn der Nationalliberale trotzdem noch eine geringe Stimmenzunahme gegen 1903 aufzuweisen hat, so ist dies auf lokalpatriotische Gründe zurückzuführen. Reefe ist in Stade Senator (Stadttrat) und dort ziemlich populär.

Unsere Genossen im Kreise, deren Organisation etwa 700 Mitglieder zählt, führten den Wahlkampf mit großer Energie. Unser Kandidat Ebert-Berlin sprach in mehr als zwanzig Versammlungen, auch sind die Abgeordneten Mollenhuth, Schmalfeldt, Richard Fischer und Singer im Kreise tätig gewesen. Am schädlichsten haben wieder die Freisinnigen den Kampf gegen uns geführt; ihr Waffenarsenal war der Zitatensack des Reichsverbandes. Mit der Kandidatur der polnischen Gewerkschaften hat man leider eine Zerpfitterung der proletarischen Stimmen erreicht. Berücksichtigt man auch, daß infolge des heftigen Wahlkampfes eine Stichwahl diesmal ganz sicher zu erwarten war, und infolgedessen nicht wenige Arbeiter sich von dem mit Ausübung des Wahlrechtes verbundenen Zeitopfer abschrecken ließen, dann dürfen wir mit dem erzielten Resultat sehr wohl zufrieden sein.

Wie sich der Freisinn zur Stichwahl verhält, muß abgewartet werden. Bei der Stichwahl im Jahre 1903 ist er offiziell für den Nationalliberalen eingetreten.

Rheinische Zentrumstaktik.

Ein Teil der Zentrumsprelle gibt sich seit einigen Monaten unter Führung der „Rdn. Volksztg.“ kampfartige Mühe, der nicht-katholischen Welt zu beweisen, daß das Zentrum keine konfessionelle, sondern eine rein politische Partei sei. In seiner heutigen Morgennummer leistet sich das wachsende Organ wiederum einen langen „Zwielicht oder Klarheit“ betitelten Zeitartikel, in welchem es, anknüpfend an den dem Abgeordneten Koerner von der „Rdn. Zeitung“ zugeschriebenen Ausspruch: „Es ist einerlei, ob man uns als konfessionelle Partei betrachtet, oder nicht“, mit großem Wortaufwand darzulegen sucht, daß es unter den heutigen Verhältnissen als gefährliche „Verwirrung“ gelten müsse, wenn in den eigenen Reihen der Zentrumsparlei der Frage, ob das Zentrum eine „katholische“ oder eine rein politische Partei sei, so wenig Bedeutung beigemessen werde. Nicht für die politische Herrschaft des Katholizismus in Deutschland kämpfe das Zentrum und habe es im jogen. Kulturkampf gestritten, sondern als politische Partei habe es lediglich für die religiöse Freiheit und Gleichberechtigung des „katholischen Volksteils“ gekämpft, wie es in gleicher Weise auch für die Freiheit der Religionsübung „anderer Religionsgemeinschaften“ einzutreten bereit sei.

Boher diese heißen Bemühungen, das Zentrum als konfessionelle, als „katholische“ Partei erscheinen zu lassen? Es gehört wahrlich nicht viel dazu, um dies zu erkennen. Die liberalen Zentrumsgegner traten es ja deutlich genug; dem Zentrum sollen dadurch

ziels zugeschrieben werden, die sich mit den Grundlagen des heutigen Staatswesens schlechterdings nicht vertragen; das Zentrum soll als Werkzeug „hierarchischer Machtbefestigungen“ hingestellt werden, als eine Partei, der das Gesamtwohl des deutschen Volkes, die Förderung aller modernen Kulturbestrebungen nichts oder gar etwas Hoffenswertes, die Ausbreitung der Macht des Katholizismus oder alles bedeute. Gegen eine solche Partei würden und mühten sich natürlich alle anderen zusammenschließen, und dies — der Antizentrumsblock — ist eben das Ziel aller dieser Bemühungen, das Zentrum als eine konfessionelle „keritale“ Partei hinzustellen.

Angeht es solcher Bestrebungen zu schweigen, den politischen Charakter der Partei nicht immer und immer wieder energisch zu betonen, wäre auch dann ein Ding der Unmöglichkeit, wenn wir darüber beruhigt sein dürften, daß wenigstens im eigenen Lager keinerlei Unklarheit über die nichtkonfessionelle, politische Grundlage der Partei vorhanden wäre. Tatsächlich ist aber nicht zu leugnen, daß auch an manchen Stellen innerhalb der Zentrumsparlei der alte Zentrumsgeanke nicht mehr mit voller Arbeit festgehalten wird, daß nicht selten konfessionelle und politische Gesichtspunkte in einer mit der Grundlage der Zentrumsparlei nicht vereinbaren Weise durcheinander gemengt werden. Vielesch spielt dabei eine gewisse Bequemlichkeit mit; der eine oder andere glaubt sich damit die Agitationsarbeit zu vereinfachen und zu erleichtern, und so entleert ein gewisses Zwielicht, in dem es immer schwerer fällt, politische und kirchliche Bestrebungen zu unterscheiden. Das mag bequem sein, aber es kann nur einem verderblichen Schlandrian zugute kommen. Die politische Zentrumsparlei muß darunter auf die Dauer ebenso zu Schaden kommen, wie es andererseits den kirchlichen Interessen nur nachteilig sein kann, wenn überzeugte Katholiken den Gegnern Anlaß geben, von einem Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken zu reden.

Solcher Verwirrung entgegenzutreten, ist sicherlich eine der ersten Aufgaben aller hiesigen Organe der Zentrumsparlei, insbesondere auch der Presse. Wir können uns daher der Auffassung des Abg. Koerner, es solle nicht immer und immer wieder der politische Charakter der Zentrumsparlei betont werden, durchaus nicht anschließen.

Die Feststellung, daß solche Bestrebungen (nämlich katholisch-hierarchische) dem Zentrum fernliegen, war daher gewiß nicht überflüssig; solche Behauptungen sind ja das beliebteste Mittel, um alle Nichtkatholiken in die Hürde der Blockpolitik nach französischem Muster zu treiben. . . .

Wären die Katholiken auch ferner so geschlossen wie nur möglich in der Zentrumsparlei politisch organisiert blieben; das wird und kann sie nicht hindern, stets zur lokalen Zusammenarbeit auch mit Andersgläubigen bereit zu sein, die für religiöse Freiheit und Gleichheit, für die Erhaltung der politischen Grundlagen des Deutschen Reiches und für das Programm des wirtschaftlichen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit ebenso eintreten wie die katholischen Anhänger der Zentrumsparlei. Hier und nur hier liegt die Zukunft des deutschen Volkes, wenn anders sie nicht von der Sozialdemokratie beherrscht sein soll. Und wer da nicht mitgeht, über den wird die Entwicklung zur Tagesordnung übergehen.

Es ist nicht unsere Absicht, der Behauptung, die Zentrumsparlei sei keine „katholische Partei“ und verfolge keine speziell katholischen Zwecke, Aufhebungen hervorragender Politiker und katholischer Kirchenfürsten entgegenzustellen, oder nochmals die Frage zu erörtern, wie weit die Zentrumsparlei als Nachfolgerin der älteren „katholischen Fraktion“ des preussischen Abgeordnetenhauses zu betrachten sei und deren Erbschaft übernommen hat. Uns interessieren weit mehr die Motive, die seit einiger Zeit die rheinische Zentrumsprelle zu ihren auffälligen Ablenkungsversuchen bestimmen. Einen Fingerzeig geben weiter, wie schon in früheren Auslosungen des wachsenden Blattes, die Bemerkungen, daß die Betonung des spezifisch katholischen Charakters, die Nichtkatholiken in die „Hürde der Blockpolitik“ treiben müsse, und daß nur in der „lokalen Zusammenarbeit“ mit „Andersgläubigen“ die Zukunft des deutschen Volkes vor der Herrschaft der Sozialdemokratie bewahrt werden könne.

Die Zentrumsprelle sehen, daß trotz des katholischen Volksvereins, trotz der Agitation der in M.-Glabbach jesuitisch dressierten „christlichen Agitatoren“ die Sozialdemokratie unter den katholischen Arbeitern der rheinischen und westfälischen Industriegebiete an Boden gewinnt; um nun die dortigen Wahlkreise zu halten und womöglich in halb-katholischen Gegenden neue Mandate hinzuzugewinnen, möchten die schlauen Herren einen Teil des protestantischen Kleinbürgertums jener Kreise zu sich herüberziehen. Doch an der Ausführung dieses Planes fühlen sie sich durch die in diesem Bürgertum bestehenden protestantischen bezw. anti-ultramontanen Bedenken und Kulturkampfreaktionen gehindert. Deshalb soll der protestantischen Kleinbourgeoisie die Meinung beigebracht werden, daß das Zentrum eine rein politische Partei ist bezw. geworden ist, dem auch das protestantische Bürgertum seine Unterstützung im Kampfe gegen die „widerstandslos“ Sozialdemokratie ohne Begünstigung katholisch-hierarchischer Bestrebungen zu leisten vermöge. Und tatsächlich haben mit dieser jesuitischen Taktik die Zentrumsprelle a la Vaçon bereits innerwärts gewisser nationalliberaler Kreise, wie verschiedene auf dem Goslarer nationalliberalen Parteitage gefällene Äußerungen zeigen, einen gewissen Erfolg errungen. Die Epigonen der Kulturkämpfer sind schon teilweise bereit, sich unter die Dohut des Zentrums und seiner keritalen Hintermänner zu stellen und unter dieser Führung die Wahlschlacht des Jahres 1903 zu schlagen. —

Deutsches Reich.

Onkel Chlodwigs „Denkwürdigkeiten“.

Zu dem Streit, ob Prinz Alexander von Hohenlohe mit der Herausgabe der Denkwürdigkeiten seines Vaters im gegenwärtigen Augenblick eine bestimmte politische Tendenz verfolgt hat, bringt die in Heilbronn erscheinende „Redar-Zeitung“ einen Beitrag, der beachtet werden muß. Sie behauptet:

„Daß bei der Veröffentlichung des vielumtrittenen Hohenlohe-werkes allerdings die höchsten Stellen weggeblieben sind, aber nicht auf Veranlassung des Prinzen Alexander von Hohenlohe, auch nicht durch Prof. Dr. Curtius, den Präsidenten der Evangelischen Synodalförderung in Strahburg, sondern durch die Verlagredaktion selbst. Mit anderen Worten: Prinz und Professor haben veröffentlichten wollen, was die Verlagsanstalt selbst im letzten Augenblick, obwohl es schon gefehrt war, noch zurückgehalten hat, weil diese Stelle aus dem Köcher gegen den Kaiser ihr doch zu gefährlich erschienen sind. Was wir hiermit feststellen, ist eine Tatsache, die wir ver bürgen können. Prinz Hohenlohe hat in einem Gemisch von Gleichgültigkeit und von Frondeurgesinnung gehandelt.“

Die nationalliberal schillernde „Redar-Zeitung“ würde eine solche Behauptung kaum mit so verblüffender Sicherheit aussprechen können, wenn sie nicht glaubte, sie beweisen zu können. Danach wäre also anzunehmen, daß der „rote Prinz“, trotz aller bisherigen entgegengesetzten Versicherungen, einen politischen Coup mit der augenblicklichen Herausgabe der Tagebuchblätter seines Vaters ausführen wollte.

Bestimmen muß aber das von der „Redar-Zeitung“ geschilderte Verhalten der „Deutschen Verlagsanstalt“. Es ist gar kein an-

nehmbarer Grund einzusehen, warum dieser Verlag durchaus päpstlicher zu sein bestrebt war als der Papst, warum der Ausschichtort und die Aktionäre dieses Unternehmens hätten hofenzollernfreundlicher erscheinen wollen als der im Staatsdienst stehende Sohn des dritten Reichskanzlers?

Inbessen kann man die Beantwortung dieser Frage ja getrost den Beteiligten überlassen, die nach der Veröffentlichung der obigen Kottz dazu nicht länger werden schweigen können. —

Zum Wahlsieg in Döbeln

schreibt unser Chemnitzer Bruderorgan:

„Der freisinnige Ansturm galt vor allen Dingen der Sozialdemokratie. Unsere Reiben zu sprengen, war ihre Aufgabe. Ihre Flugblätter und Woblausrufe strotzten von Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie. Der Zukunftsstaat hatte es ihnen angetan. Fürchterlich metterten und zetereten sie gegen eine Gesellschaftsordnung, deren Werdegang und Vorbedingungen sie sich zu lassen vermögen. Manchem kleinbürgerlichen Wähler, der sich dem politischen Betriebe fernhält, wird öfter als einmal die Gänsehaut überlaufen sein, wenn er den Mentor aller Deutschen, Kopsch aus Berlin, zeternd hörte, was die Sozialdemokratie doch für eine fürchterliche Gesellschaft sei. Das Banner des Liberalismus wird wieder leuchten, sagte Herr Wed triumphierend, und nun? Es haben sich zwar die Stimmen vermehrt, aber es ist eine zufällige Freisinnigkeit, die hauptsächlich in der Kandidatur des Reaktionshasse begründet ist. Diese Wahl hat wieder bewiesen, daß der „Freisinn“ in Sachsen keinen fruchtbareren Boden findet. Es ist nur ein Aufladern, kein neues Leben. Diese Wahl lehrt aufs neue, daß das Volk nur in der sozialdemokratischen Partei ihre rechte und wahre Vertreterin sieht.“

Auch Saffes furchtbare Anstrengungen wurden vergeblich gemacht. Die Kulis des Verbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie haben es an nichts fehlen lassen. Man fand sie, ein politisches Ungeziefer, überall. Da sie in fast allen Verammlungen ausgelacht und von niemand mehr ernst genommen wurden, verlegten sie sich auf die Amtsblätter. Hier fanden sie willige Aufnahme ihrer Lügen.“

Die „Sächsische Arbeiter-Ztg.“ würdigt den Wahlausfall in folgender Weise:

„Gewiß ist unser Sieg kein allzu überschwenglicher, aber unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Wahlkreis Döbeln ist er ein sehr erfreulicher. Vergleicht man lediglich das Stimmverhältnis der gestrigen Wahl mit der Hauptwahl 1903, so zeigt sich ein Rückgang auf sozialdemokratischer Seite, ein kleiner Fortschritt bei den anderen Parteien. Aber es wäre noch mehr verfehlt, wollte man die besonderenstände übersehen, deren Beachtung das Resultat doch zu einem sehr günstigen machen.“

Sicherlich ist die allgemeine politische Situation für unsere Partei gegenwärtig voll Günst. Die Wirren der Kolonialpolitik, die Wirlungen des Zollwunders, die Teuerung fast aller Lebensmittel, die unfinnige Reichsfeuerpolitik, — das alles mußte für die Gegner dieser reaktionären Selbgebung im Wahlkampfe von Vorteil sein. Tatsächlich hat auch die wilde Wirtschaft, die in der letzten Zeit im Reich besonders wild betrieben wurde, Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie getrieben. Es gab aber auch ungünstige Momente für uns, deren Ueberwindung unseren tüchtigen Genossen in dem weitgedehnten, vielfach ländlichen Wahlkreise große Mühe verursachte. Zunächst bedeutete der Kandidatenwechsel eine Schwierigkeit. Karl Grünberg war in dem Kreise aufgewachsen und mit seiner politischen Entwicklung völlig verwachsen. Er war in jedem Dorfe persönlich bekannt und beliebt, er wurde auch von manchem Knechte gewählt, der nicht fest in den Anschauungen der Sozialdemokratie war, der aber diesen tüchtigen Vertreter der Sozialdemokratie achtete und schätzte. Karl Pinkau war umgekehrt der Bevölkerung des Kreises bisher nicht unmittelbar nahegetreten, er mußte sich erst in der kurzen Frist der Wahlperiode das Vertrauen gewinnen, was ihm ja in so erecklichem Maße gelang.

Dazu kam ein anderer Umstand von besonderer Wichtigkeit: das Eintreten der Freisinnigen Volkspartei in den Wahlkampf. Seit 1890 ist der Freisinn in diesem Wahlkreise aus der Reihe der kämpfenden Parteien ausgeschlossen. Konservative und Nationalliberale, dazu Antisemiten, waren unsere Gegner. Ein Teil der Wähler, der diese reaktionären Parteien nicht gewählt wissen mochte, gab die Stimme für die Sozialdemokratie. Die Aufstellung einer freisinnigen volksparteilichen Kandidatur veränderte die früheren Verhältnisse. In einer Reihe gerade jetzt aktueller politischer Fragen steht auch die freisinnige Volkspartei in Opposition gegen die Politik der Regierung und der weiter rechts stehenden Parteien. Dadurch gelang es dem Freisinn, immerhin eine nicht geringfügige Stimmenziffer zu erreichen. Will man den Wohlausgang unter dem Gesichtspunkte betrachten, wie die deutsche Bevölkerung über den gegenwärtig herrschenden Kurs denkt, dann bedeutet diese Wahl eine vernichtende Niederlage der Reaktion. Die „Ordnungsparteien“ — Nationalliberale, Konservative, Antisemiten, die sich zu holdem Bunde zusammenfanden — erhielten nur 8320 gegen zickla 15 500 Stimmen der Opposition! —

Die Erstwahl in Hadersleben-Sonderburg.

Bei der gestrigen Wahl wurden gezählt für Hahn (deutsch-national) 5110, Hanßen (Däne) 10325 und für Michelsen (Soz.) 760 Stimmen. Hanßen ist somit gewählt.

Im ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreise konnte die sozialdemokratische Partei selbstverständlich auf einen erheblichen Zuwachs ihrer Stimmenzahl nicht rechnen. Die soziale Struktur dieses Wahlkreises — von den 90 000 Einwohnern entfallen auf die beiden Städte des Kreises knapp 15 000 Einwohner — macht für lange Zeit jeden sozialdemokratischen Wahlerfolg unmöglich.

Interessant war der Wahlausfall insofern, als diesmal an die Stelle des durchaus reaktionären dänischen Protestlers, der bisher den Wahlkreis vertrat, des verstorbenen Redakteurs Jessen, der Landtagsabgeordnete Hanßen aufgestellt worden war, der im Gegensatz zu Jessen in seinem Blatte politisch und wirtschaftlich einen entschieden liberalen Standpunkt eingenommen hatte. Hätte also die Regierung durch ihren törichtigen Köllerkurs nicht seit Jahrzehnten den dänischen Bauern den Kreuzenbach förmlich eingeimpft, so wäre es diesmal keineswegs ausgeschlossen gewesen, daß der Reichsparteiler, der ja wirtschaftlich-politisch genau an demselben Stränge zieht, an dem der verstorbenen Jessen ebenfalls gezogen hat, eine erhebliche Stimmenzunahme zu verzeichnen gehabt hätte. Bei der törichtigen Germanisierungspolitik gelang es aber auch diesmal nicht, den Dänen Abbruch zu tun. Hanßen erhielt im Gegentell 50 Stimmen mehr als 1903 sein Vorgänger Jessen. Die Stimmenzahl des Reichsparteilers wuchs um 205, die Sozialdemokratie endlich erhielt ebenfalls zickla 60 Stimmen mehr als bei der vorigen Wahl. —

Ein Sozialistenblätter über den Reichsverband.

Max Lorenz, der Herausgeber der „Antifozialdemokratischen Korrespondenz“, fällt unter der Stichmarke „Eine beklagenswerte Niederlage“ ein geradezu vernichtendes Urteil über die Tätigkeit des berüchtigten Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie.

In Döbeln, so führt er aus, hätten die „Ordnungsparteien“ eine „schwere Niederlage“ erlitten. Und „noch kläglicher“ wäre das Ergebnis für die bürgerlichen Parteien gewesen, wenn nicht die freisinnige Sonderkandidatur bestanden hätte. Dabei müsse man sich vor Augen halten, daß für die Kandidatur Haffe geradezu ungeheure Mittel an Geld und agitatorischen Kräften Monate hindurch verpulvert worden seien.

Dann fährt Max Lorenz fort:

Der „Vorwärts“ macht zu dem sozialdemokratischen Wahlsieg die Bemerkung: „Erleichtert wurde ihnen (den Genossen) die Agitation durch das wüste Auftreten des Reichsverbandes“. Das ist leider nicht nur Malice, sondern Wahrheit. Die Agitation des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie geradzu ein Sprungbrett für weitere Erfolge. Die Tätigkeit des Reichsverbandes zeugt von so krasser Ignoranz und so blutigem Dilettantismus in der Beurteilung und Behandlung sozialdemokratischer Angelegenheiten, daß es geradezu Gewissenspflicht ist und auch dringend vom Interesse einer zielbewußten und sachverständigen antisozialdemokratischen Politik erfordert wird, das endlich offen auszusprechen. Selbstverständlich halten wir es nicht für zureichend, nur ein so allgemeines Urteil in die Öffentlichkeit zu werfen. Wir halten uns vielmehr für verpflichtet, demnächst unser Urteil an der Hand von Tatsachen detailliert zu begründen.

Es kann ja immerhin zugegeben werden, daß das Urteil des Herrn Max Lorenz nicht ganz unbefangenen, sondern ein wenig von persönlicher Rivalität beeinflusst ist. Andererseits dürfte gerade dieser Standpunkt sozialistischer Konkurrenz den Blick dieses Kritikers geschärft haben.

Döbeln gibt jedenfalls Herrn Lorenz nicht unrecht. —

Run aber weiter!

Eine interessante Prekopolitik ist zwischen der „Freisinnigen Ztg.“ und der „Tägl. Rundschau“ entstanden. Die „Freis. Ztg.“ hat ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß der Kaiser an den Provinzialverband Schlesien des Deutschen Flottenvereins ein huldvolles Antworttelegramm geschickt hatte. Sie bemerkte dazu, daß danach bisher dem Kaiser niemand davon Kenntnis gegeben zu haben scheint, daß der Deutsche Flottenverein sich in der schärfsten Opposition gegen das Reichsmarineamt und die von dieser Behörde getriebene Flottenpolitik befindet. Die „Tägl. Rundschau“ bemerkte demgegenüber ironisch, daß der Kaiser ja doch wohl von den Bestrebungen des Flottenvereins unterrichtet gewesen sein müsse, habe es doch in dem beantworteten Begrüßungstelegramm des Flottenvereins geheißen:

„Ew. kaiserlichen und königlichen Majestät dürfen wir aus voller Ueberzeugung alleruntertänigst versichern, daß es unser ernstes Bestreben sein wird, den auf schleunigste Schaffung einer mächtigen leistungsfähigen deutschen Flotte gerichteten Ew. Majestät auch in unserer Provinz Verständnis und tatkräftige Unterstützung zu sichern.“

Die „Freisinnige Ztg.“, so bemerkt die „Tägl. Rundschau“, könne daraus ersehen, daß der Flottenverein mit seinen Bestrebungen durchaus nicht hinterm Verge halte. Die „schleunigste Schaffung einer mächtigen, leistungsfähigen deutschen Flotte“ sei die Hamburger Resolution, die nach der Meinung der Freisinnigen in schärfster Opposition zum Reichsmarineamt stehe. Der Kaiser müsse aber wohl die Bestrebungen des Flottenvereins anders einschätzen, sonst hätte er sicher nicht so ausführlich geantwortet und eigenhändig unterzeichnet.

Die „Freisinnige Zeitung“ sollte allerdings auch ohne diese Belehrung der „Tägl. Rundschau“ schon längst begriffen haben, daß die Opposition des Flottenvereins gegen das Reichsmarineamt noch keineswegs eine Opposition gegen Wilhelm II. bedeutet! —

Dernburg, der Tausendkünstler.

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse soll der neue Kolonialdirektor Dernburg nicht Geringeres beabsichtigen, als eine Bilanz unserer Kolonialpolitik aufzustellen, aus der hervorgehen soll, daß die Vorteile der deutschen Kolonialpolitik aus bisher schon die Ausgaben für dieselbe reichlich aufgewogen hätten. Auch die freisinnigen Freunde des Herrn Dernburg vermögen sich nicht auszuwenden, wie der Nachfolger des Kolonialprinzen dies Kunststück fertig zu bringen vermöchte.

Da die Ausgaben für unsere Kolonien bisher das Mehrfache der Gesamtergebnisse nach unseren Kolonien betragen haben, dürfte es selbst dem Finanzgenie des Herrn Dernburg unmöglich sein, eine aktive Kolonialbilanz herauszurechnen. Vielleicht aber hat ja Dernburg Gelegenheit gehabt, einen intimen Blick in die Geschäftsbücher gewisser Firmen, der Wermann-Tippelskirch-Wodbielki und Konsorten zu werfen. Auf Grund der Bilanz dieser Firmen dürfte Herr Dernburg in der Tat ohne Schwierigkeiten einen günstigen Abschluß unserer Kolonialpolitik herauszurechnen imstande sein! —

Der Kolonialsekretär auf Vorfuß.

Der Berliner Korrespondent der „Münchener Neuesten Nachrichten“ bestätigt die schon vor Monaten verbreitete Nachricht, daß der inzwischen ausgeschiedene Kolonialprinz Hohenlohe-Langenburg in seiner Eigenschaft als Kolonialdirektor bereits das Gehalt eines Staatssekretärs bezogen habe. Nur habe der Erbpriester dieses stattswidrige Mehr von 24 000 M. pro Jahr in Gestalt eines Vorfußes auf das künftige Gehalt des Staatssekretärs erhalten. Als sich dann herausgestellt habe, daß die Bewilligung des selbständigen Kolonialamtes zweifelhaft sei, sei der Vorfuß sofort an die Reichskasse zurückgezahlt worden.

Die „Freisinnige Zeitung“ ergänzt diese Mitteilungen noch durch die Frage, ob von diesem Zeitpunkt der Zurückzahlung ab nicht nunmehr dem Erbpriester zu Hohenlohe die an dem Gehalt eines Staatssekretärs fehlende Differenz aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds bezahlt worden sei! Der Unterstaatssekretär Zweite müsse hierüber genaue Auskunft geben können.

Diese Vorfußgeschichte beweist jedenfalls zur Evidenz die Verrechnung proletarischer Lohnforderungen. Denn wenn ein Kolonialdirektor mit 20 000 M. Gehalt nicht auszukommen vermag, sondern sich vorfußweise das Plus an Gehalt auszahlen läßt, das ein erst zu schaffender Staatssekretär des Kolonialamtes erhalten würde, so kann man bei Proletariern, die kaum den zwanzigsten Teil des Gehaltes eines Kolonialdirektors beziehen, die Bemühungen um Lohnaufbesserungen erst recht verstehen!

Herr Dernburg, der ja nach der „Vossischen Ztg.“ mehrfacher Millionär sein soll, besitzt vor dem geschiedenen Kolonialprinzen entschieden den Vorrang, nicht auf einen derartigen erbschaftswidrigen Vorfuß angewiesen zu sein. —

Eine sogenannte Berichtigung sendet uns Herr Dr. Jüngst. Sie lautet:

„Es ist un w a h r, daß ich in einer Artikelserie der Hochzeitschrift „Glückauf“ beweise oder auch nur beweisen wollte, daß die Ruhrgrubenleute ein beneidenswertes Dasein führen, die Kohlenmagnaten aber sich entsetzlich quälen müssen“. Ich habe lediglich bewiesen, daß die Köhne der Ruhrbergarbeiter in dem zwanzigjährigen Zeitraum 1886 bis 1905 viel stärker gestiegen sind als der Lebensmittelaufwand, wie er sich nach der Entwicklung der Preise in den Städten Dortmund, Bochum, Witten und Essen für diese Gemeinden und im Durchschnitt des Ruhrbezirks errechnet, und habe aus dieser Tatsache eine wesentliche Verbesserung der Lebenshaltung der Belegschaften des Ruhrbergbaues, soweit ihr

Aufwand für Lebensmittel in Betracht kommt, abgeleitet und ferner festgestellt, daß gleichzeitig auch die Ausgaben für andere Bedarfszwecke meist nur eine geringe, in keinem Fall aber, im Durchschnitt genommen, eine der Lohnsteigerung gleichkommende Erhöhung erfahren haben. Dabei ist die Frage nach der absoluten Höhe der Lebenshaltung der Ruhrbergleute völlig unberührt geblieben und in keiner Weise darüber ein Urteil gefällt worden, ob ihr Standard of life in irgend einem Jahre des genannten Zeitraumes die Bezeichnung dürftig, bescheiden oder bebaglich verdient.

Es ist un w a h r, daß ich darum das Jahr 1886 zur Grundlage meiner Berechnungen genommen habe, weil es das Jahr des allertiefsten Lohnstandes gewesen ist. Das ist nur deshalb gesehen, weil die amtlichen Lohnnachweisungen des kaiserlichen Oberbergamtes zu Dortmund nur bis zum Jahre 1886 zurück vergleichbare Angaben liefern.

Es ist un w a h r, daß ich den niedrigsten Lohn herausgegriffen und daran die glänzendste Entwicklung der Arbeiterlöhne gezeigt habe. Keine Tabellen und graphischen Darstellungen gestatten einen Vergleich nicht nur des Jahres 1886 mit den späteren Jahren, sondern einen Vergleich aller Jahre von 1886 bis 1905 untereinander.

Es ist un w a h r, daß ich unberücksichtigt gelassen habe, daß sich bei den wichtigsten Lebensmitteln im Ruhrrevier die Preise sehr zuungunsten der Konsumenten entwickelt haben. Ich habe vielmehr bei meiner Berechnung des Lebensmittelaufwandes für die einzelnen Jahre 1886 bis 1905 in den Städten Dortmund, Bochum, Witten und Essen und im Durchschnitt des Ruhrbezirks unter Annahme eines sich gleichbleibenden Jahresverbrauchs die von Jahr zu Jahr wechselnden Lebensmittelpreise in keinem Falle unberücksichtigt gelassen.

Es ist un w a h r, daß ich im Interesse meiner Gönner etwas beweisen wollte. Ich besitze keine Gönner und habe mich bei meinen Darlegungen, die übrigens bis auf einige Zusätze schon im Juni in Druck gegeben worden sind, aber infolge längerer Abwesenheit des Verfassers nicht früher veröffentlicht werden konnten, nur meinem wissenschaftlichen Gewissen verantwortlich gefühlt.

Glückauf!

Dr. Jüngst.

Herr Jüngst scheint in komischer Selbsttäuschung zu glauben, etwas „Tatsächliches“ berichtet zu haben. Daß mit seiner Methode, den niedrigen Lohnstand zum Ausgangspunkt der Berechnungen zu machen, seine ganze Beweisführung den Charakter der Tendenzmache erhalten hat und tendenziös ist, kann er nicht bestreiten; nur leugnet er, solche Absicht gehabt zu haben. Sein wissenschaftliches Gewissen hat ihn aber nicht abgehalten, bei der Darstellung der Lohnentwicklungen nach Perioden die Jahre so zu wählen, wie sie für seine Beweisführung gerade am besten paßten. Es stimmt übrigens auch nicht, daß hinter 1886 zurückliegende Lohnnachweise fehlen. Er hat in der Hauptsache mit den Ergebnissen der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft operiert. Für diese bringt aber Wimmersbach in seiner Schrift über die Entwicklung von Gelsenkirchen detaillierte Lohnangaben bis zurück zum Jahre 1870.

Daß Dr. Jüngst selbst davon überzeugt ist, er habe bewiesen, was er beweisen wollte, mag schon sein; aber damit sind die Tatsachen, die das Gegenteil nachweisen, nicht widerlegt.

Neue Blutopfer für West.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 12. Oktober d. J. bei Sandpü: Gefallen: Sekreter Karl Beyold, geboren am 22. 10. 82 zu Kunzendorf, Koppfauß. Leiter Franz Uszlo-reit, geboren am 24. 1. 86 zu Petroschken, Koppfauß.

Verwundet: Wiefeldwibel August Kohr, geboren am 27. 2. 82 zu Uematt, leicht. Streifschuß rechten Oberarm. Sekreter Richard Bohne, geboren am 12. 3. 82 zu Leipzig-Neuditz, leicht. Streifschuß Stirn.

Ferner Leiter Karl Fidler, geboren 21. 3. 84 zu Groß-Lonikaten, am 10. Oktober d. J. im Lazarett Grootfontein an Ruhr gestorben. —

Wir erhalten bei Redaktionsschluß telegraphisch aus Halle den Wortlaut der Erklärung übermittelte, die das „Halsche Volksblatt“ heute im Anschluß an die Differenz veröffentlicht, die zwischen der dortigen Prek-Kommission und dem Redakteur Genossen Thiele ausgebrochen war. Die Erklärung lautet:

Auf die Mitteilung der gegnerischen Presse, daß der Genosse Adolf Thiele wegen vorgekommener Differenzen von seinem Posten als Redakteur des „Volksblattes“ entbunden worden ist, ist zu erklären, daß wohl sachliche Differenzen mit der Prek-Kommission bestehen, da Genosse Thiele in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter nicht mehr voll seine redaktionelle Tätigkeit entfalten kann. Genosse Thiele scheidet deshalb aus der Redaktion aus und bleibt weiter Mitarbeiter unseres Blattes.

Halle a. S., 23. Oktober 1906.

Die Prek-Kommission und die Parteileitung.

Husland.

Oesterreich.

Freiherr v. Aehrenthal hat das ihm angebotene Portefeuille des Ministers des Aeußern angenommen. —

Frankreich.

Das Kabinett ist jetzt komplett, da Millies-Lacroix das Portefeuille der Kolonien übernommen hat. Dem neuen Ministerium gehören an: sechs Radikale bzw. Sozialistisch-Radikale: die Senatoren Clémenceau, Vidon und Millies-Lacroix; die Deputierten Guyot-Desseigne, Doumergue und Ruan; ferner der gleichfalls zu den Radikalen gehörende General Picquart, zwei „unabhängige Sozialisten“: Briand und Viviani, ferner zwei Mitglieder der demokratischen Linken: die Deputierten Thomson und Barthou und schließlich das Mitglied der demokratischen Vereinigung Caillaux.

Der „Temps“ behält sich das endgültige Urteil über das Kabinett vor, bis sein Programm bekannt sein werde. Das Blatt bemerkt einseitig nur, daß die Wahl Picquarts zum Kriegsminister zweifellos sehr lebhaft erörtert werden wird. Diejenigen, welche glauben, daß Picquart als Kriegsminister die Dreyfus-Angelegenheit wieder aufrollen und irgend welche Vergeltungsgelüste befriedigen werde, dürften sich aber einem Irrtum hingeben.

„Republique française“ schreibt, Clémenceau habe Rommeis und nicht Minister gewählt. Eine Diktatur Clémenceaus wäre gefährlich, besonders wenn sie lange dauern sollte; nach der Aufnahme aber, die sie gefunden, und nach den Enttäuschungen, welche sie hervorgerufen habe, dürfte ihre Laufbahn keine lange, ihre Zukunft keine glänzende sein.

In der „Humanité“ schreibt Jaurès: „Was das Ministerium des Aeußern anlangt, so ist es zweifellos bedenklich, daß das durch den Abgang Bourgeois' hervorgerufene Unbehagen nicht beseitigt wurde. Clémenceau übernimmt unter dem Namen Vidons die direkte Verantwortung für die Diplomatie Frankreichs. Er wird zweifellos erkennen, daß eine republikanische Regierung internationale Angelegenheiten nicht mit Mitteln führen kann, wie sie bei journalistischen Polemiken üblich sind. Im wesentlichen ist jedoch ein Mißverständnis nicht möglich: Clémenceau will den Frieden, wie ihn ganz Frankreich will, und niemand darf annehmen, daß er die unorthodoxe, verworrene Politik Delcassés, welche er selbst verurteilt hat, nunmehr für seine eigene Rechnung wieder aufnehmen werde.“ —

Schweden?

Paris, 24. Oktober. Wegen der antimilitaristischen Kundgebungen während des am 30. September zu Ehren der zum Militärdienst Einberufenen im Trocadero veranstalteten Festes wurden heute Gustave Hervé und elf Mitangeklagte zur höchsten zulässigen Strafe von je fünf Frank Geldbuße verurteilt. —

Spanien.

Madrid, 23. Oktober. Arbeitsprogramm. In der heutigen Eröffnungsitzung der Kammer machte Ministerpräsident Lopez Dominguez Mitteilung von den Gesetzesvorlagen, die in der kommenden Sitzungsperiode der Kammer unterbreitet werden sollen. Dieselben betreffen die Aufhebung des Okroi, die Alkoholfrage, die Handelswechsel sowie besonders die religiöse Frage. —

England.

London, 24. Oktober. Die Wahl von 28 Stadträten in verschiedenen Bezirken Londons am 1. November d. J. hat Herr Gardie veranlaßt, eine Kundgebung zu veranstalten, in der allen Wählern dringend ein Herz gelegt wird, für die Arbeiterkandidaten zu stimmen. Da die Gemäßigten sich ebenfalls alle erdenkliche Mühe geben, ihre Kandidaten durchzubringen, so werden die Wahlen beinahe das Bild eines sich über ganz London erstreckenden politischen Kampfes abgeben. —

Dänemark.

Preussischer Geist.

Im Juli 1904 brachte „Social-Demokraten“ einen Artikel über „Soldatenshinderereien in Aarhus“, der zu einer Anlage gegen den Volkstetingsmann V. Knudsen, welcher damals vorübergehend den Posten des verantwortlichen Redakteurs bekleidete, führte. Das Urteil wurde erst im Mai 1906 gesprochen und lautete auf 200 Kronen Geldstrafe. Die Tatsachen, die in dem Artikel mitgeteilt worden waren, wurden durch Zeugenaussagen vollumfänglich bestätigt, ja, die reglementswidrigen Shinderereien waren noch schlimmer, als sie der Artikel dargestellt hatte! Es handelte sich darum, daß ein Leutnant mit dem langen, halb deutsch klingenden Namen von der Heide-Christensen Laufübungen hatte vornehmen lassen, die sich in einer Tour über 4-1 Meile erstreckten, sowie daß er einen Wettlauf zweier Abteilungen einer Kompanie über 1/2 Meile Wegs veranstaltet hatte! Dabei waren zwei Soldaten demohauslos zu Boden gestürzt, drei andere, die wegen Uebermüdung aus dem Wettlauf traten, wurden zu einer Extralaufstour verurteilt! Bei einer dieser Laufstouren wurden 10 Mann so angegriffen, daß sie zurückbleiben mußten.

Genosse Knudsen wurde nun nicht verurteilt, weil etwas Unrichtiges in dem Artikel behauptet worden wäre, sondern weil die Kritik nach Meinung der Richter zu weit ging. Er wußte sich sofort nach seiner Verurteilung an den Kriegsminister Christensen und verlangte, daß Anlage gegen den Leutnant erhoben oder mindestens eine neue Untersuchung eingeleitet würde. Dieser Tage ist endlich die Antwort des Ministers eingelaufen, und sie lautet, daß keine Veranlassung vorliege, gegen den Leutnant einzuschreiten.

„Social-Demokraten“ bemerkt dazu: „Minister Christensen tritt, wie es scheint, nicht nur als Agitator für die Festung, den Militarismus und erhöhte Militärausgaben in Bahnsens (des ehemaligen konservativen Kriegsministers) Fußspur, sondern auch in seiner militär-buteaukratischen Auffassung des Verhältnisses zwischen gemeinen Soldaten und Vorgesetzten. Der Linken-Minister Radfien zeigte auf letzterem Gebiete einige satirische Reigungen; der Linken-Minister Christensen hat die Verhältnisse in den acht Bahnsenpreussischen Geist zurückgeführt.“ —

Norwegen.

Auch eine „Linkenpartei“.

Im Storting hat sich eine neue „Linkenpartei“ gebildet, der 76 von den 123 Abgeordneten des Parlaments beigetreten sind. Da von den übrigen Abgeordneten 11 Sozialdemokraten sind, würden also noch 36 Mann als eigentliche Regierungspartei übrig bleiben, der die Regierungspresse den schönen Namen der „Unabhängigen“ beilegt. Die neue Linkenpartei ist aus so verschiedenartigen Elementen zusammengestoppelt, daß sie kaum bei irgendwelchen wichtigen politischen Entscheidungen zusammenhalten wird. Sie umfaßt Abgeordnete, die der Regierung so nahe stehen wie Berner, der nun wieder zum Präsidenten des Storthings gewählt ist, dann den zum Vizepräsidenten gewählten früheren Minister Gunnar Knudsen, der seinerzeit wegen der „Königswahl“ seinen Ministerposten niederlegte, endlich als äußersten Linkenmann den Radikalen Kistberg — Leute, die einander bei den Storthingswahlen heftig bekämpften!

„Social-Demokraten“ nennt die neue Linke „Zusammengeleimte Majak“ und schreibt: „Der Linken-Namen, die verbleibenden Traditionen und der Bernerische Firnis taugen nur, wenn es sich um Personenfragen handelt: wer Präsident und wer Sekreter im Thing und dessen Abteilungen sein soll. Aber wenn es sich um andere Dinge handelt, wird der Majaktopf zerbrechen.“ —

Amerika.

Die Wahlkämpfe werden in allen Staaten in heftiger Weise geführt, und die Demokraten hoffen auf eine starke Zunahme ihrer Stimmzahl. Das größte Interesse nimmt der Staat New York in Anspruch, wo Hearst mit allen Kräften für seinen Erfolg tätig ist, der ihm die Chancen für das Präsidentenamt bieten würde, auf das sein ganzer Ehrgeiz gerichtet ist. Die Republikaner erklären, daß an Hearsts Erwählung gar nicht zu denken sei, aber Präsident Roosevelt hat der Partei eine Warnung gegeben lassen, daß Hearst Stärke nicht zu unterschätzen sei und alle Kräfte angestrengt werden müßten, wenn der Republikaner Hughes zum Gouverneur von New York gewählt werden soll. Bei der Bürgermeisterwahl erzielte nämlich Jvins (Republikaner) nur 137 000 Stimmen in der Stadt New York, während auf demokratischer Seite für Mc Clellan und Hearst 453 000 Stimmen fielen! An der Börse aber sind große Wahlen zu Gunsten von Hughes im Verhältnis von zwei zu eins abgeschlossen worden! Hearst hat eine jüdische Zeitung gegründet, um die zahlreich jüdischen Stimmgeber in New York zu gewinnen; nach den kleinen Orten im Staate hat er Photographen geschickt, die in Versammlungen seine Reden wiedergeben! Viele Hunderte von Agitatoren bereisen den Staate, um für Hearst Stimmen zu werben. Er selbst fährt in einem Automobil täglich umher und hält Ansprachen an die Bürger auf Straßen, Plätzen und in Hallen, vor denen Militärkorps spielen und Feuerwerk abgebrannt wird, um die Massen anzuloden. An großen Plakaten und Fahnen mit Hearsts Namen steht es nirgends.

Die Republikaner sind natürlich auch nicht müßig und heben gegen Hearst, so viel sie können; sie suchen dabei besonders auf die Arbeiter einzuwirken. So behaupteten sie z. B., daß Hearst auf seinen Gütern in Kalifornien Chinesen beschäftige und welche Arbeiter fortgejagt habe. Hearst hat sofort 1000 Dollar Bezahlung aus, wenn der Beweis für diese Behauptung erbracht würde.

Die republikanische Partei hat ihre angesehensten Männer in den Kampf geführt, um den wichtigsten Staate, New York, zu gewinnen. Die Spannung über den Ausgang des Kampfes ist jetzt schon hoch gestiegen. Tammany Hall arbeitet mit seiner Macht für Hearst, und Tammanns Macht und Einfluß ist groß.

In diesem Niesenkampf der alten Parteien verschwinden fast die Anstrengungen unserer Genossen, die nicht über genügend große Geldmittel verfügen, um sich mehr in den Vordergrund drängen zu können. Trotzdem sind sie nach besten Kräften tätig in New York wie anderswärts. Vom Hauptquartier in Chicago aus sind Agitatoren fast nach allen Staaten geschickt worden. Ueberall werden Versammlungen abgehalten, viele Tausende von Flugblättern kommen zur Verteilung. Einige finanzielle Unterstützung kommt von den Gewerkschaften. So hat der Verband der Brauereiarbeiter auf seiner Jahresversammlung in Toronto (Kanada) der Partei 500 Dollar zur Wahlagitiation überwiesen. Aufklärungsarbeit über die Ziele des Sozialismus wird wieder viel geleistet, und die Partei hofft, neugestärkt auch aus diesem Kampfe hervorzugehen. —

Gewerkschaftliches.

Eine wertvolle Arbeit

hat der Genosse Sassenbach im Auftrage der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands durch das Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur" geliefert. In diesem 22 Seiten umfassenden Schriftchen sind mit einem wahren Wundersinn die Veröffentlichungen zusammengestellt, die auf die Gewerkschaftsbewegung Bezug haben; auch solche sind in das Verzeichnis mit aufgenommen, die den Standpunkt der christlichen und kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften vertreten. Der Inhalt der kleinen Schrift ist gegliedert in folgende Hauptabteilungen: 1. Geschichte, 2. Abhandlungen einzelner Gewerkschaften, 3. Gewerkschaftliche Fragen, 4. Vorgesellschaftliche Zeit und 5. Verändertes und Allgemeines. Davon sind wieder die ersten drei Abschnitte in Unterabteilungen zerlegt, so die Geschichte der Gewerkschaften in Allgemeine Geschichte, Geschichte der einzelnen Verbände, dann die einzelner Orte und in die Geschichte ausländischer Gewerkschaften.

Die Abhandlungen einzelner Gewerkschaften bringen uns die Zusammenstellung von Publikationen, die teils einzelne Verbände selbst veranlaßten, teils aber auch von außerhalb der Gewerkschaften stehenden verfaßt sind. Unter dem Kapitel „Gewerkschaftliche Fragen“ sind eine große Zahl Erscheinungen aufgeführt, die schon etwas losgerissen mit der Gewerkschaftsbewegung zusammenhängen, aber immerhin in das Verzeichnis gehören, so Literatur über den Arbeiterschutz, die zweifellos jederzeit erweitert werden kann, solche über die Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweise, Arbeitszeit, Generalstreik, Genossenschaften, Heimarbeit, Kinderarbeit, Koalitionsrecht, Tarifverträge u. a. m.

Der Verfasser ist sich der Unvollkommenheit des Verzeichnisses bewußt, die aber mit darauf zurückgeführt wird, daß die meisten Verbände selbst veranlaßt, den übersandten Korrekturbogen zurückzusenden. Betrachtet man die mühselige Arbeit von dem Standpunkte des Verfassers, daß sie nur ein Anfang, eine Unterlage sein soll, um später Vollkommeneres zu leisten, so kann man nur sagen, daß hier eine sehr verdienstliche Aufgabe zu lösen versucht wurde.

Zweifelloso bedeutet das Verzeichnis ein wertvolles Nachschlagewerk für den, den Pflicht oder Interesse veranlassen, sich über die Publikationen auf gewerkschaftlichem Gebiete zu orientieren und so leichter die Quellen zu finden, um sich über die Wirksamkeit und die kulturelle Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung zu unterrichten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die gesamten Betriebe der Firma Siemens, Schudert und Siemens u. Galste gesperrt sind.

Die Kollegen werden ersucht, auch die Arbeitsnachweise in der Garten- und Dresdenerstraße zu meiden, denn von dort werden die Kollegen nach den Siemenswerken geschickt. Was die Firma alles anbietet, um Arbeitswillige zu bekommen, ist geradezu ungläublich. Daß eine Anzahl Profis und Autos ständig unterwegs sind, ist jetzt am Kommandomann und in der Frankfurterstraße das alltägliche Bild. Große Inserate in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen sollen Arbeitswillige heranziehen, und niemand im Werk denkt daran, daß das gleiche imgehalten wird, wie bislang, daß nämlich jeder, der eingestellt werden will, schriftlich darum einkommen muß. Daß die Polizei in ausreichendem Maße ihre Schuldigkeit tut und sich bemüht, die Zufriedenheit der Firma zu erwerben, ist weiter nicht verwunderlich.

Der Polizeileutnant erklärt: Der Platz vor dem Bahnhof sowie 100 Meter links und rechts vom Eingang des Werks sind für Streikposten verboten. Unter Vorbehalt, daß dies doch ungesetzlich sei, beantwortet der Polizeileutnant damit, daß der gute Mann sagt: „Das ist egal, ich habe das eben angeordnet und dabei bleibt es.“

Die Arbeiter haben allerdings keine 3000 M. zu verdienen, wie die Kühnemänner 1890; aber trotzdem können sie doch wohl Anspruch darauf erheben, daß ihre Rechte als Staatsbürger und Steuerzahler nicht verletzt werden.

Alle diese Drangsalierungen haben aber bislang nicht vermocht, die Stimmung der Streikenden und Ausgesperrten herabzurücken. Im Gegenteil, nach dem Naturgesetz „Druck erzeugt Gegenruck“, sagen die Kollegen: „Nun erst recht!“ Wir ersuchen alle Metallarbeiter, die Sperre über diese Werke zu beachten und uns den Kampf nicht zu erschweren.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter, mit deren Durchführung der Metallarbeiterverband von den Arbeitern dieser Branche vor etwa 14 Tagen beauftragt wurde, hat bisher einen leidlich befriedigenden Erfolg gezeitigt. Seitens abend berichtete in einer bei Suggenbogen abgehaltenen, fast besuchten Versammlung der Gold- und Silberarbeiter der Verbandsobermachtigte Handke darüber, daß kürzlich Verhandlungen mit einer von der hiesigen Kammer der Juweliere, Gold- und Silberschmiede gewählten Kommission stattgefunden haben, die folgendes Ergebnis hatten: Zugestanden wurden die neunstündige Arbeitszeit einschließlich einer viertelstündigen Frühstückspause, Bewilligung eines Minimallohnes von 21 M. pro Woche für Ausgebildete. Bei außergewöhnlich schwachen Arbeitern sollen jedoch Ausnahmen zulässig sein. Zusicherung einer allgemeinen Lohnerhöhung von zehn Prozent, Bezahlung der Ueberstunden mit 25 resp. 50 Proz., Nacht- und Sonntagarbeit mit 75 Proz. Zuschlag. Ferner erklärten sich die Vertreter der Arbeitgeber mit dem Abschluß eines Tarifvertrages bis zum 1. Oktober 1908 einverstanden. — Von einer Anzahl Firmen der Silberwarenfabrikanten war ein gemeinsames Schreiben bei der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes eingegangen, worin sie zwar mehrere ähnliche Zugeständnisse zu machen gedachten, jedoch im Verhandlungswege noch verschiedene Punkte, die als Spezialangelegenheiten dieser Branche betrachtet werden können, anderweitig erledigt zu wissen wünschten. — In Anbetracht dessen, daß dies die erste Lohnbewegung der Berliner Gold- und Silberarbeiter ist, und auch die Organisationszugehörigkeit noch manches zu wünschen übrig läßt, erklärte sich die gestrige Versammlung mit den Zugeständnissen der Arbeitgeber für diesmal einverstanden. Es wurde auch der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei den noch weiter stattfindenden Verhandlungen mit den erwähnten Silberwarenfabrikanten ebenfalls annehmbare Abmachungen zustande kommen möchten. Zur Annahme gelangte schließlich folgende Resolution:

Die am 24. Oktober 1908 tagende Versammlung der Gold- und Silberarbeiter erklärt sich mit den Vereinbarungen, welche die Kommission mit den Arbeitgebern vordemhaltig abgeschlossen hat, einverstanden und beauftragt die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, einen Tarif mit den Arbeitgebern der Gold- und Silberbranche nach der Fassung der getroffenen Vereinbarungen abzuschließen; mit dem Bemerkte, daß die tariflichen Abmachungen vom Montag, den 29. Oktober, in den Geschäften resp. Betrieben eingeführt werden.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu Berlin resp. die Agitationskommission der Gold- und Silberarbeiter wird beauftragt, dort, wo der Tarif von den Arbeit-

gebern nicht anerkannt wird, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß auch dort die Kollegen zu den tariflichen Vereinbarungen resp. Verbesserungen fernertätig arbeiten.

Die vom Unternehmerdünkel diktierten Beschlüsse der Holzindustriellen in ihrer Versammlung vom Montag können die Berliner Holzarbeiter weder enträsten noch einschüchtern. An solche Puzelbäume der Herren Rahardt und Plathen wie „Vertrag oder keine Arbeit“ sind die Holzarbeiter Berlins schon gewöhnt.

Die Weisheit der Tischlermeister hat den Ausführungen ihrer Wortführer geglaubt und ihrer Resolution zugestimmt.

Herr Rahardt als Obermeister der Innung mußte schon, um sich das nötige Prestige als solcher zu bewahren, im „Interesse der Kleinmeister“ reden. Und Herr Plathen, als Vertreter des Großunternehmertums in der Holzindustrie, der bereits kräftig dabei ist, seinen Plan — Errichtung einer Fabrik in Lichtenberg mit circa 1000 Häuten — zur Ausführung zu bringen, redete im wohlüberstandenen eigenen Interesse. Freilich wird er mit der Errichtung der Fabrik den Kleinmeistern die Wohlthat erweisen wollen, sie der Sorge zu entheben, für ihr Geschäft nach neuen Aufträgen zu suchen, da sie mit einem solchen Großbetrieb nicht konkurrenzfähig sind.

Wie die Herren Scharfmacher mit der Wahrheit umzugehen beabsichtigen, dafür dient als drastischer Beweis Punkt 2 der von ihnen gestellten Resolution, die event. Erhöhung der Löhne betreffend. Es heißt dort: In Erwägung, daß der Durchschnittslohn unserer Holzarbeiter nach der eigenen Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes 35,10 bis 36,63 M. und der Wochenverdienst tüchtiger Arbeiter 50—60 M. und darüber beträgt usw.

Sie haben die Statistik des Holzarbeiterverbandes nochmals durchgesehen, suchen aber vergebens nach dem in der Resolution angegebenen Höhe des Durchschnittsverdienstes und nach Löhnen von 50—60 M. für tüchtige Arbeiter. Der Durchschnittsverdienst erreicht selbst bei den Vorkriegern, — die übrigens bei dem Vertrag nicht in Frage kommen — und bei den Einseignern nicht die angegebenen Höhe, obgleich beide Branchen ausschließlich auf dem Bau beschäftigt sind, und da die Bauten in der Regel weit ab von den Wohnungen der Arbeiter liegen, sie ihr Mittagbrot in der Wirtenschaft einnehmen müssen. Es erwachsen den Arbeitern dieser Branchen dadurch noch besondere Ausgaben. Der Durchschnittsverdienst der Einseigner beträgt nach der Statistik 31 M., der Bauarbeiter 30,55 M., der Arbeiter der Innenerbranche 30,81 M., der nach Rechnung 30,25 M., der Schlafzimmerbranche 28,27 M., und so geht es herunter bis 23,90 M., von den übrigen Branchen des Holzarbeiterverbandes abgesehen, bei denen der Durchschnittsverdienst noch bedeutend niedriger ist, die jedoch dem Vertrage nicht unterliegen. Und diese Durchschnittsverdienste sind festgesetzt auf 83 Prozent der in Berlin beschäftigten Tischler, und wie in der Statistik ausgeführt ist, sind dies die organisierten Arbeiter, die doch auf richtige Bezahlung ihrer Arbeitskraft achten und somit als die besser bezahlten Arbeiter zu betrachten sind. Nicht man diese Tatsache in Verächtlichkeit, so wird bei der Beteiligung der gesamten Arbeiter der Holzindustrie an der statistischen Aufnahme der Durchschnittsverdienste noch stark nach unten graduiert. Diese Tatsachen müssen den Herren Scharfmachern bekannt sein, wenn sie die Statistik, die sie als Beweis ihrer Behauptungen heranziehen, auch wirklich gelesen haben.

Aber lägen die Lohnverhältnisse auch so, wie die Herren im Punkt 2 ihren Kollegen glauben machen wollen, warum dann die Ablehnung einer Abschlagszahlung von 27 M. pro Woche im Punkt 5 ihrer Resolution. Wenn so ungeheure Verdienste bei den bestehenden Allordlöhnen erzielt werden, dann ist es doch nur recht und billig, daß dem Verdienst entsprechend auch Abschlagszahlungen geleistet werden. Die Ablehnung dieser Abschlagszahlung beweist, daß die Wortführer ihre gemachten Angaben über die Höhe der Durchschnittslöhne nicht glauben.

Für die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit gibt Punkt 1 der Resolution selbst die Begründung, indem auf die fortschreitende Zunahme der Anwendung der Maschinen selbst in Kleinbetrieben hingewiesen wird. Bei zunehmender Anwendung von Maschinen werden neben der verstärkten Ausnutzung der Arbeitskraft — die gleichen Schritt mit der Verwirklichung der Maschine hält — Arbeitslasten brach gelegt, denen Arbeit und Verdienst geschickt werden muß, was nur durch Verkürzung der Arbeitszeit möglich ist.

Die Ablehnung der obligatorischen Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises ohne Prüfung der Gründe, die den Holzarbeiterverband bewegen, diese Forderung zu stellen, beweist auch einen Willen, daß den Arbeitgebern in der Holzindustrie jedes Verständnis für die Bestrebungen der Arbeiter, Regelung und Ordnung der Verhältnisse im Gewerbe der Holzindustrie zu schaffen, abgeht. Die organisierten Holzarbeiter werden sich jedoch trotz dieser Willkürigkeit der Arbeitgeber nicht abschrecken lassen, dieses Ziel beharrlich zu verfolgen und selbst ohne Mithilfe der Arbeitgeber zu verwirklichen suchen.

Scharfmacherpraktiken im Verein Berliner Lederhändler.

Im Laufe dieses Jahres hatten sich die Hausdiener aus den Berliner Leder-Engros- und Kommissionsgeschäften dem Verein Berliner Hausdiener sowie dem Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter angeschlossen, um mit Hilfe dieser beiden Organisationen eine Aenderung ihrer an Erbarmlichkeit wohl einzig in Berlin dastehenden Arbeitsverhältnisse, sowie eine Beseitigung eines Lohnsystems, das sie zum größten Teil auf Tringelbrot verweist, zu erreichen.

In einer Aussprache, welche von Seiten des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter mit dem Vorsitzenden des Vereins Berliner Lederhändler, Herrn David, in Firma Joseph Reue, Friedrichstr. 37, gepflogen wurde, wurde von dem letzteren das feste Versprechen abgegeben, daß eine Verständigung zwischen beiden Organisationen herbeigeführt werden wird, und gab der Herr gewissermaßen sein Ehrenwort für das von ihm Versprochene ab. Nun, auch hier zeigt es sich, wie das Wort eines Unternehmers bewertet werden kann. Unter dem heutigen Tage ging dem Zentralverbande der Handels- und Transportarbeiter folgendes Schreiben zu:

An den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Begunghend auf Ihr Schreiben vom 14. ds. teile Ihnen hierdurch mit, daß in unserer Vereinssitzung am 17. d. M. beschlossen worden ist, unter Ablehnung jeglicher Verhandlung mit dem Zentralverbande über die Forderungen zur Tagesordnung überzugehen, mit der Motivierung, daß die Verschiedenheit der Betriebe eine einheitliche Behandlung der Sache nicht zuläßt.

Dachstuhlsgaß 10.

Julius David.

Vorsitzender des Vereins Berliner Lederhändler. Kurz und drakonisch geht man über die Forderungen derjenigen Arbeiter hinweg, die durch ihre schwere, jahrelang ausgeübte Tätigkeit ihren Arbeitgebern den Geldsack in ausreichendem Maße gefüllt haben. Nun, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen in dieser Angelegenheit und die Berliner Haus- und Speditionsführer werden ein nachsames Auge bei einem event. Kampfe der Hausdiener der Lederbranche haben, daß sich jeder Unternehmer mal selbst das Leber in seine Kammertüchlein schloß und somit mal selbst am eigenen Leibe die Arbeit durchführe, die sie glauben auch noch in Zukunft mit Schandlöhnen bezahlen zu können.

Im Kaufhaus Herrn Engel, Landsbergerstr. 57/58, fand eine Entlohnung eines Dieners statt, weil derselben sich weigerten, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie die Verpflichtung übernehmen sollten, wenn sie Sonntags oder Feiertags außer der erlaubten Zeit durch „Nachschicht“ beim Balleitragen oder wegen ähnlicher Beschäftigung Polizeistrafen erhalten, sie allein dafür verantwortlich sind. Das Prämiensystem für die kaufmännischen Angestellten scheint dafür zu sorgen, daß den Dienern Sonntags übermäßige Touren nach Wilmersdorf, Hellendorf und in der Weichsildgrenze Fortuna aufgehaßt werden und eine regelmäßige Innehaltung des garantierten dritten freien Sonntags nicht eintritt. Wiederholte Verhandlungen am Gewächshaus eines freien Sonntags alle 14 Tage scheiterten an

der Profisucht des Unternehmers. Organisierte Diener haben diese Firma bis auf weiteres zu meiden.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Verein Berliner Hausdiener.

Die Angekletterten der Bach- und Saffee-Institute von Berlin hielten am Mittwoch mittig eine Versammlung im „Englischen Garten“ ab, einberufen vom Handels- und Transportarbeiterverband. Die Ausführungen von Franke und Bernhardt über: „Beri und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation“ mit Berücksichtigung der Verhältnisse unter den Wächtern fanden lebhaften Beifall. Es sind sehr verkehrungsbedürftige Verhältnisse, unter welchen die Wächter zu leiden haben. Ihr Monatslohn ist nicht höher als 75—81,60 M. Davon werden 3,50 M. für die Uniform abgezogen, ferner 1,50 M. für die eine freie Nacht, die sie jeden Monat haben können. Bernhardt machte darauf aufmerksam, daß es dem Zentralverband in Frankfurt a. M. gelungen ist, mit der Bach- und Saffee-Institute einen Vertrag zu schließen, der den Wächtern einen Anfangslohn von 85 M., dann 90 M. und weitere Zulagen von je 5 M. sichert. Weitere Erfolge wurden noch ertragen durch die gute Organisation unter den Angekletterten, die den Berliner Wächtern zum Muster dienen könnte. In Berlin kommen etwa 500 Mann in Frage; davon gehören sehr viele noch nicht der Organisation an.

Die Lohnbewegung der Rixdorfer Freiseurgehülfen geht jetzt etwas energischer ein. Bekanntlich hat die dortige Zwangsinnung beschlossen, jeden mit 20 M. Strafe zu belegen, der die vom Verband der Freiseurgehülfen (zentral) herausgegebene Kontrollkarte in seinem Geschäft duldet. Die Kontrollkarte dient als Ausweis dafür, daß der Gehülfe organisiert ist und zu den aufgestellten Arbeitsbedingungen arbeitet. Der Beschluß der Innung bedeutet nichts weiter, als einen Angriff auf das Koalitionsrecht. Mit Ausnahme von sechs Geschäften, welche zur Benutzung freigegeben sind, sind im Einverständnis mit den maßgebenden Körperschaften alle Geschäfte gesperrt.

Das Lokal „Prachtfälle des Westens“, Wilmersdorf, Spidäerstraße 8, ist für organisierte Gastwirtsgehülfen gesperrt, da der Inhaber, Herr Stechert, kein organisiertes Personal beschäftigen will und die von der Organisation gestellten Forderungen nicht anerkennt.

Verband deutscher Gastwirtsgehülfen, Ortsverwaltung Charlottenburg.

Deutsches Reich.

Die Bewegung in der Sinnenhschiffahrt.

In einer am Dienstagabend zu Hamburg abgehaltenen Versammlung der ausländischen Schiffer wurde ein Telegramm des Leiters Decker gelesen, nach welchem die in Dresden gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über die Beilegung des Ausstandes noch nicht abgeschlossen seien. Für gestern Abend wurde eine neue Versammlung der Streikenden einberufen, in welcher das Resultat der Dresdener Verhandlungen mitgeteilt werden soll.

Die Hamburger Sinnenhschiffahrtsunternehmer haben sich auf den krassen Scharfmacherstandpunkt gestellt und beschlossen, sich keinesfalls mit der Ausstandsleitung bzw. der Sektion des Sinnenhschiffers- und Hafenarbeiterverbandes in irgendwelche Verhandlungen einzulassen, sondern nur von ihren Arbeitern Forderungen und Wünsche entgegenzunehmen unter der Bedingung, daß die Arbeit von ihnen sofort bedingungslos wieder aufgenommen wird.

Der Streik der Fliesenleger in Köln ist nach dreiwöchiger Dauer mit einem bedeutenden Erfolge der Arbeiter beendet worden. Gemäß dem jetzt vereinbarten Tarif wird der bisher 70 Pf. betragende Stundenlohn sofort auf 75 Pf. und vom 1. Mai an auf 80 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit wird von 9 auf 8½ Stunden verkürzt. Für Ueberarbeit werden 20, für Nachtarbeit 40 Pf. und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Allordsätze werden erhöht und der Stundenlohn garantiert.

Zur ergebnisreichen Wirterslohnbewegung.

Nachdem am vergangenen Montage die Arbeiterschaft der Firma Reutlinger in Thalheim die Kündigung eingereicht hat, da die Inhaber zu Bewilligungen auf die eingereichten Forderungen sich noch nicht verstehen konnten, haben am Montag Verhandlungen stattgefunden zwischen der Geschäftsleitung und dem Fabrikantenschuß, die allerdings nur von kurzer Dauer waren. Weil ein Vertreter des Textilindustriellenverbandes den Verhandlungen mit beivohte, stellte der Arbeiterausschuß zunächst die prinzipielle Forderung, daß auch von ihrer Organisation ein Vertreter mit an den Verhandlungen teilnehmen soll. Das wurde nicht gewährt. Deshalb wurden die Verhandlungen kurzer Hand abgebrochen.

Die Geschäftsleitung der Firma Reutlinger in Thalheim gefällte sich in dem Kampfe der ergebnisreichen Wirters um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als Scharfmacher. Jetzt wird sie querspielen, daß es den Arbeitern Ernst ist mit ihrem Kampfe.

Ausland.

Eisenbahnerbewegung in Amerika. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Das Fahrpersonal der Road Island Company verlangt Lohnerhöhung. Die Weichensteller von zweiundzwanzig westlichen Bahnen verlangen den achttägigen Arbeitstag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Ende der Zielowski-Affäre.

Frankfurt a. M., 24. Oktober. (W. S.) Die Strafkammer hat die Freiführung des Hauptverhafteten in Sachen des Stadtverordneten Zielowski abgelehnt. Bekanntlich hat der Staatsanwalt gegen den sozialistischen Redakteur und Stadtverordneten Zielowski Anklage wegen Verleumdung erhoben. Es sollte damit dem Stadtverordneten Zielowski die Möglichkeit gegeben werden, das Beweismaterial für seine Beschuldigungen, das er dem Senatskonvent der Stadtverordnetenversammlung angeblich vorentzieht, einer richterlichen Behörde vorzulegen.

Eisenbahn-Unfall.

Hannover, 24. Oktober. (W. S.) Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heute mittig 1 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof. Als ein Güterzug nach Braunschweig die Halle verlassen wollte, rangierte eine Maschine einen Postwagen hinter den Bremer Personenzug. Der Güterzug hatte kaum die Halle verlassen, als er von der Maschine bei einer Krängung angefahren wurde. Der Anstoß war so heftig, daß die Maschine zur Seite flog. Etwa zehn Wagen sind beschädigt. Der im Postwagen diensttuende Schaffner Sigemann wurde schwer verletzt; anscheinend erlitt er einen Bruch des Rückgrats. Ein Bremser des Güterzugs ist leichter verletzt. Die Gleise blieben etwa eine Stunde unbenutzbar.

Launngläst.

Halle, 24. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Bau des Volkshauses verunglückten durch den Bruch eines Gerüsts sieben Bauhandwerker. Einer, namens Ebeling, starb.

Ministerwechsel.

Wien, 24. Oktober. (W. S.) Der gemeinsame Kriegsminister Bittlich hat dem Kaiser seine Demission überreicht, die dieser angenommen hat. Als Nachfolger Bittlichs wird in erster Reihe der Landesverteidigungsminister Feldzeugmeister v. Schönau genannt.

Günstige Aussichten.

Brüssel, 24. Oktober. (W. S.) Die nun nahezu vier Wochen dauernde Absperrung der Weberearbeiter von Serviez hat bereits einen Lohnverlust von mehr als 1½ Millionen verursacht. Die Gläubiger von Charleroi haben den Ausständigen 50 000 Frank Unterstützungsgelder gesandt. Es scheint sich nunmehr eine Beschleunigung anzubahnen. Die Webervereine haben eine verschärfte Forderung erlassen, in der sie die Gewerkschaften anerkennen. Weitere Streitpunkte sollen durch einen gemischten Ausschuss entschieden werden. („Frl. 31.“)

Buchdruckerbewegung.

Wir sind angegangen worden, den Leitartikel des „Korrespondent“ vom Dienstag unseren Lesern im Wortlaut zu bringen. Im Nachfolgenden kommen wir diesem Wunsch nach:

Abgelehnt!

Was, Was, Was, Was! Ist es von allen Seiten. Das Schnattern ist ja so viel leichter als Denken, verantwortlich denken und handeln. Es braucht nur irgendein Kollege sich hinzusetzen und zu rufen: Es wird nur noch acht Stunden gearbeitet, dafür erhalten wir pro Nase 50 Ctm die Woche, für jedes Kind 20 M. und mehr (außerordentlich der erhöhten Umstände halber 25 M.), Kontrolle über Quantität und Qualität der Arbeit wird als menschenunwürdig abgelehnt! Sic volo, sic jubeo, sic summo! Und die soziale Frage ist gelöst, und all die Enkeln — noch unter dem Einflusse der Mannheimer Fuchspredigt — gaderen Weisheit. Solchen Weisheit zu erheben — nichts leichter als das! Der große Kenner der Volkseele Weibel wußte wohl, was er meinte, als er vom Herdentriebe der Massen sprach.

Was (sich) und die wirtschaftlichen Gesetze? Auch im Zukunftsaufbau regeln ja nicht Angebot und Nachfrage die Warenfrage. Auch da gibt es keine menschenunwürdige Kontrolle. Bewahre — dann leistet jeder so viel, wie er will. Wie? Nicht? Na, dann sind alle Menschen aus sich selbst so ebel, und — Notabene — so klug, daß sie nach Quantität und Qualität ihre Leistungen dem Durchschnittsbedürfnisse anpassen. „Verräter“ gibt's dann nicht — die sind befehligt — radikal, und sollte ja einer so aussehen, dann schmeißt an die Laternen mit ihm und ihn dort so sicher befestigen, daß er nicht wieder herunterfallen und dieser schönen Erde einen Fleck machen kann! Etwas rot in rot gemalt! Allerdings. Aber kann einem die Welt anders als rosa erscheinen, wenn man sie durch eine „Rosa“-Brille betrachtet?

Das Klingt wie Dohn! Leider aber ist es das nicht, sondern lediglich der Gehirnhumor eines Laternenkandidaten. Aber was könnte man anderes als bahnlos angelehnt der Wiedergeburt von 1898? Da hat man sich so schön sicher gefühlt in dem Bemühen, daß die von keiner anderen Arbeiterkategorie erreichten materiellen und moralischen Erfolge der Tarifgemeinschaft, daß die durch sie geschaffene Stabilität im Gewerbe ihren erzieherischen Einfluß geübt haben! Die Disziplin vor der Tarifberatung — man mochte die eingeschlagene Taktik für richtig oder für falsch halten — hatte etwas Erhebendes. Da kam das Ergebnis der Beratungen. Hat denn überhaupt einer geglaubt, daß unsere sämtlichen Forderungen voll und ganz durchgehen würden? Heraus mit ihm aufs Podium; er kann sich gehen lassen! Ist andererseits auch nur ein einziger von uns zufrieden mit dem Erreichten? Das wäre ein Jammer, denn es würde jeden Fortschritt hemmen! Aber: — abgelehnt! Blott abgelehnt das ganze Resultat? Man traute seinen Augen nicht, wenn man das sieht! Man greift sich an den Kopf, ob es denn wirklich möglich ist, daß ganze Kollegenschäften das ganze Resultat glatt ablehnen.

Ablehnen unter den obwaltenden Umständen heißt rund und nett: Streik! Und Streik — der angesichts der Zugeständnisse der Prinzipale und angesichts des Bruchteils, was an Materiellem nicht zugefunden wurde, wirklich strikol wäre — Streik! unter dieser Voraussetzung heißt nichts mehr und nichts weniger als — Verlust — Rückwärtsbewegung des Tarifes — oder gar Aufheben der tariflichen Ordnung! Bekümmert wäre ja freilich das, was den Genossen von der „Eingeleit“ usw. am liebsten wäre. Aber daß Buchdrucker, ganze Mitgliedschaften, aus 1891, 1896 und der seitherigen Entwicklung so absolut nichts gelernt haben, das erscheint einem zunächst ungläubig. Fast möchte man verärgert ausrufen: Ja, dann meinetwegen! Wenn ihr denn die Mauer nicht seht, mit denen uns die wirtschaftlichen Gesetze umgeben, und wenn ihr durchaus nicht seht, wie die diese Mauer sind — nun, so reut doch dagegen mit euren wertvollen Schädeln! Vielleicht sind diese wirklich härter als sie scheinen!

Aber nein — so tragisch liegen die Verhältnisse ja nicht. Zunächst mal ist die Zahl derer, die schon vor 1891 und seitdem in Reich und Glied gefochten haben und wissen, wie Pulver riecht, nicht gering. Diese Kollegen werden jetzt sehen, daß sie die Pflicht der Erfahrung haben, dem Nachwuchs, der bisher nur die Weltwärme der Tarifgemeinschaft kennt, als Vorläufer voranzugehen. Also herab mit euch hinter dem Ofen! Und die anderen Kollegen — sie sind ja Buchdrucker — werden nach einiger Ueberlegung zu einer besonnenen Würdigung der Tatsachen kommen. Welche tatsächlichen und bedeutenden materiellen und moralischen Erfolge das Resultat der diesjährigen Tarifrevision bedeutet, ist wiederholt und hinreichend dargelegt worden. Und darüber, daß wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sind, besteht wunderbare Einigkeit. Sollen deshalb einige Kardinäle bluten, wohnen: Döhlen, Gesecke und Genossen — an die Laternen! Herab! — hinunter das Scheusal in die Wolfshaut! Diese Kollegen werden im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung opferwillig zur Schlachtkampfbahn folgen. Nur den Verband als solchen verabscheuen man! Denn er ist es, er allein, dem wir alles Erreichte verdanken und der uns auch hoffnungstreulich in die Zukunft blickt.

Und diese Zukunft birgt ja noch so unendlich viel Aufgaben, an deren Bewältigung sich die Tatkraft aller anarbeiten kann. Werden wir uns klar, ganz klar über diese Aufgaben der Zukunft! Ueberlegen wir, bekommen, ob unsere Kampfmittel immer die rechten waren, ob nicht in einer oder der anderen Frage die Klugheit uns eine neue Taktik oder eine Neubewaffnung empfiehlt. Und was uns die Einführung des jetzigen Tarifes an Strafe überläßt, das verwenden wir auf die Vorbereitung und Durchdringung unserer neuen Forderungen. Das alles aber in dem Bewußtsein, daß wir ohne unsere Organisation nicht sind, daß wir also alles vernutzen, was diese und ihren Zusammenhalt gefährden kann. Alles durch den Verband — alles für den Verband. Denn der Verband, das sind wir! Und soll unsere Zukunft nicht auf dem Wasser liegen, sondern fest gegründet sein, dann achten wir vor allem sorgfältig darauf, daß Fundament und Mauerwerk des Verbandesgebäudes intakt bleiben, oder auch darauf, daß es durch das Tarifgemeinschaftsbad nicht durchroht.

Der Artikel, der an der Spitze des „Korrespondent“ erschienen ist, wurde — wie offensichtlich — nicht in der Redaktion selbst verfaßt, gibt aber zweifellos die Meinung derselben wieder, da er an hervorragender Stelle und ohne Kommentar erschien. Offenbar war die Redaktion des „Korrespondent“ mit uns der Meinung, daß der Artikel durch sich selbst wirkt.

Wir geben noch folgende Berichte, die teilweise wegen Raum-mangel verkürzt erschienen:

Die Kölner Buchdruckergehilfen, die sich schon vor 14 Tagen mit der Tariffrage befaßt hatten, sahen gestern die Diskussion in einer wieder von 600 Personen besuchten Versammlung fort. Kanfenberg sprach den Gehilfenvertretern und dem Zentralvorstand seine Kritik aus, daß der Tarif ohne weiteres rechtskräftig geworden sei; vorher habe man Stillstände beobachten müssen, und jetzt solle man überhaupt nichts mehr zu sagen haben. Es sei ein unglücklicher Übergang in der Arbeiterbewegung, daß die Leitung einer Gewerkschaft ihre 40 000 Mitglieder auf viele Jahre binde, ohne diese vorher darum zu fragen. Der Redner geißelte die Taktik der Verbandsleitung, die sich mit einzelnen Parteimitgliedern auseinandersetze, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder von dem Kern der Sache, den — zum Teil noch unbekannt — Bestimmungen des Tarifes abzulenken. Er forderte die Anwesenden auf, den Tarif abzulehnen. — Stobinski ist ebenfalls mit dem Tarifabschluß nicht einverstanden, empfiehlt aber angesichts des Streiks, dessen Befürchtungen er die Wand malt, dennoch zuzustimmen. — Römmele wendet sich gegen den „Korresp.“, der die Unzufriedenheit der Mitglieder fälschlich auf das Konto des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ setzen wolle, während im Rheinland, wo die Unzufriedenheit sehr groß sei, diese Blätter

doch nicht verbrodelt seien, also auch die Buchdrucker nicht aufgeben könnten. Mit dieser Taktik wolle die „Korrespondent“-Redaktion die beinahe verdrängte Haltung der Gehilfenvertreter vertuschen. Der Redner weist darauf hin, daß ein Prinzipalvertreter gesagt habe, daß die Gehilfen den Tarif niemals anerkennen, wenn sie von ihm vorher in seinem ganzen Umfange Kenntnis hätten. Das kennzeichnet den Wert des Erreichten. Der Redner empfahl eine Resolution, wonach ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden soll, um die Tarifabmachungen umzustößeln und neue Gehilfenvertreter zu neuen Tarifabmachungen zu bestimmen. Es müsse endlich einmal ein frischer Zug in die Organisation kommen. — Zwei weitere Redner sowie der Gauleiter Grafmann verteidigten die Gehilfenvertreter und den Vorstand; man habe nicht mehr erreichen können.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution Römer gegen 61 Stimmen abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, worin die Mitgliedschaft Köln ihr Bedauern ausdrückt, daß die Tarifabmachungen keine zufriedenstellenden sind, sich aber mit der Resolution des Leipziger Gauverbandes einverstanden erklärt, wonach man den Tarifabmachungen mit den bekannten Einwänden und Voraussetzungen zustimme.

Die Buchdrucker im Bezirk Jena, zu dem die Druckorte Naumburg, Rudolstadt und Saalfeld gehören, nahmen am Sonntag, in einer außerordentlichen, in Jena abgehaltenen Bezirksversammlung zum neuen Tarif Stellung. Das Referat hielt Kollege Eichler aus Leipzig. Eine volle Befriedigung kam bei keinem der zahlreichen Redner zum Ausdruck. Zwei Saalfelder sprachen sich für Ablehnung des Tarifes aus. Trotzdem stimmte die stark besuchte Versammlung dem Tarif mit allen gegen 8 Stimmen zu.

Aus der Partei.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zurzeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir erziehen die Interessenten, und in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu lassen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

- Köln, Mauerstr. 46.
Koblenz, Mühlenweg 15.
Jena, Saalbahnhofstr. 3.
Koblenz, Kurvenstr. 19.
Kattowitz, Rathhausstr. 8.
Kiel, Goststr. 24 parterre.
Köln a. Rh., Seberstr. 201.
Kronach, Lindenplatz 74.
Landeshut i. Schl., Waldenburgerstraße 37 II.
Leipzig, Gärtelstr. 12, part.
Ludwigsfelde, Neue Friedr. 42.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Lützen, Friedr. 30.
Magdeburg, Hertenstr. 6 I.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Poststr. 4.
Mühlheim (Hess.), Offenbacherstraße 7.
München, Baaderstr. 1 I.
Neu-Ruppin, Moserstr. 12.
Nordhausen, Vorfrühstr. 23.
Nürnberg, Egidienplatz 22.
Oberhausen, Marktstr. 5.
Osnabrück, Klaustr. 11 I.
Pforzheim, Waisenhausplatz 3.
Posen, Breitenstr. 21.
Recklinghausen, Dernerstr. 86.
Reinhold, Köhlerstr. 11a.
Rostock, Doberanerstr. 6.
St. Johann b. Saarbrücken, Hafenstraße 7, 9.
Solingen, Kaiserstr. 25.
Stettin, Birken-Allee 34.
Striegau, Riganstr. 17/19.
Stuttgart, Göttingerstr. 17/19.
Waldenburg i. Schles., Freiburgerstraße 16.
Weesbaden, Brühlstr. 11, I.
Wiesbaden, Wackerstr. 17 I.
Worms, Mainerstr. 19.
Wunsiedel (Oberfrank.), Koppenerstr.
Würzburg, Oberfränkstr. 11.
Sekretariat der Reichskommission für Arbeiterfragen (G. Heintze), Hamburg 7, Beienbinderhof 56.

Von der Schweizerischen Sozialdemokratie. In Zürich-Auhersfeld wurden am Sonntag bei Gesandten unsere Genossen Hans, Dr. med. Wehrli, Morant und Zuppinger in Thalwil mit 4503 bis 4500 Stimmen in den Kantonsrat gewählt; die Kandidaten des scharfmacherischen reaktionären Bürgerverbandes brachten es auf 2125 bis 2160 Stimmen. In den Kreisen III und V der Stadt Zürich wurden ferner die Genossen Scheuermeyer und Nutschmann in den Großen Stadtrat gewählt. Bei allen sechs Wahlen handelte es sich um den Erfolg von Sozialdemokraten.

In Weinfelden beschloß am Sonntag die Delegiertenversammlung der thurgauischen Christl. und Arbeitervereine die Umwandlung des Verbandes in die „Thurgauische sozialdemokratische Partei“. Damit folgt die Arbeiterchaft des Kantons Thurgau derjenigen der weissen anderen Kantone. Der Schritt bedeutet die Befreiung von dem bürgerlichen Bündelband der Demokraten, die trotz aller Arbeiterfreundlichkeit eine kapitalistische Partei mit kapitalistischer Politik sind.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Luzern beschloß auf ihrem am Sonntag in Reiden abgehaltenen Parteitag, die Regierung zur baldigen Schaffung eines kantonalen Fabrikinspektors anzuspornen und auf die Erleichterung der Einbürgerung hinzuwirken, ferner die Unterstützung der Initiative betreffend Verbot des Abtritts.

In vorübergehende finanzielle Schwierigkeiten ist der „Peuple Suisse“, das Organ der Sozialdemokraten Genéve, jetzt auch von Wallis, Neuchâtel und Freiburg geraten. In einem der letzten Prozesse ist das Blatt vom Schweizer Bundesgericht zur Zahlung von mehreren tausend Franc verurteilt worden, und da es selbst die Summe nicht bezahlen konnte, wurde die Druckerei vom Bundesgericht für haftbar erklärt. Der Verlag sieht sich, um den Schlag zu ertragen zu können, dazu veranlaßt, eine Sammlung zu eröffnen.

Die Mailänder Organisation nach dem Parteitag. Rom, den 22. Oktober. (Fig. Ver.) Die Genossen der Parteifraktion Mailand haben sich in ihrer Versammlung vom 20. Oktober mit dem Parteitagsergebnis beschäftigt und beschlossen, den Entscheid der Mehrheit zur Kenntnis zu nehmen und in dem durch ihn gezogenen Rahmen für die Vertretung ihrer Ansichten in der Partei zu wirken. Sie haben ferner beschlossen, dem Parteivorstand ein Memoriale vorzulegen, das die Geschichte der Parteifraktion seit der Sezession der Autonomisten behandelt und besonders die zahlreichen Ver-

söhnungsversuche hervorheben soll, die die Parteifraktion gemacht hat und die an dem Widerstand der Reformisten gescheitert sind. Gleichzeitig haben sich auch die außerhalb der Partei stehenden Reformisten verammelt und den Bericht Zurati über den Parteitag entgegengenommen und gutgeheißen. Sie beschloßen dann, vom Parteivorstand ihre Anerkennung als Parteiorganisation zu fordern und den Beweis zu erbringen, daß die autonome und nicht die offizielle Organisation sich im Einklange mit dem Votum des letzten Parteitages befindet.

Für den Parteivorstand dürfte die Frage über die Zulassung der autonomen Fraktion eine recht gefährliche Klippe werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich bei vollständigen Vorstand — 85 vom Parteitag gewählte Mitglieder, ferner der Chefredakteur des „Avanti“ und ein Vertreter der Parlamentsfraktion — eine Mehrheit zugunsten der Zulassung findet. Dadurch würde sich aber der Parteivorstand in Widerspruch setzen zum Organisationsstatut und auch zum Programm des internationalen Blocks. Ein großer Teil der Verantwortung für diese Situation trifft freilich dem Parteitag, der dem Parteivorstand diese Frage überwies hat.

Das Ende der „Avanguardia“, Rom, 22. Oktober. (Fig. Ver.) In ihrer Nummer vom 20. Oktober verabschiedet sich die Mailänder „Avanguardia“ von ihren Lesern und erklärt, daß sie nach nunmehr vierjährigem Erscheinen ihre Veröffentlichung einstellt, um mit dem „Sindacato operaio“ zu einer neuen Wochenzeitung der „Lotta di Classe“ (Klassenkampf) zu verschmelzen.

Die „Avanguardia“ blüht auf eine lange Reihe von Kämpfen zurück. Sie war wenige Monate vor dem Parteitag von Imola ins Leben getreten, um die Ideen der revolutionären Fraktion zu vertreten, zu einer Zeit, in der der „Avanti“ in Händen der Reformisten war und nur einige kleine Wochenzeitungen der revolutionären Gedanken wiedergaben. Sie konnte es nicht verhindern, daß auf dem Parteitag von Imola die revolutionäre Fraktion noch schwach und zersplittert war. In Bologna dagegen hat sich die Vorbereitung der „Avanguardia“ sehr deutlich sichtbar gemacht und die Entscheidungen des Kongresses wesentlich beeinflusst. Ohne die Pressionen der Revolutionäre hätte sich schon damals Ferri nicht entschlossen, eine antimilitärische Tagesordnung einzubringen. Der Sieg fiel denn auch einer Koalition der Fraktion „Avanguardia“ mit dem linken Zentrum (Berliner) zu. In der Folge entwickelte sich die „Avanguardia“ vom revolutionären Sozialismus zum Syndikalismus, ohne jedoch aufzuheben, ein vorwiegend theoretisches Organ zu sein. Ihr Einfluß auf die Partei scheint seit dieser Umwandlung im Rückgang, wie ja auch die Stimmzahl der Syndikalisten in Rom geringer war als die der Revolutionäre in Bologna. Jetzt wird die „Avanguardia“ einem rein syndikalistischen Organe Platz machen, redigiert von Leone, Kochi, Labriola, Mantica und Diivetti.

Maßregelung eines Genossen? Rom, 22. Oktober. (Fig. Ver.) Das Unterrichtsministerium hat ein Disziplinarverfahren gegen den Genossen P. Orano eingeleitet, der als Gymnasiallehrer Staatsangehöriger ist. Orano, der auf dem Parteitag als Redner der syndikalistischen Fraktion, antimilitaristische Erklärungen abgegeben und unter anderem gesagt hatte, daß nur der Sozialist ist, der sich von jedem Rest patriotischen Gefühls freigemacht hat, soll auf dem Disziplinarwege bestraft werden. Nach deutschen Begriffen mag das selbstverständlich erscheinen. In Italien ereignet es sogar den Tadel der bürgerlichen Presse. Auf alle Fälle ist die Maßnahme ungesetzlich. Die Lehrer der staatlichen Mittelschulen können nur wegen ehrenrührigen Verhaltens entlassen werden. Nebenbei hat Orano durch seine Haltung während des Parteitages auch seine Stellung als Redakteur des „Avanti“ eingebüßt, die er seit jetzt 15 Monaten inne hatte.

Der Dichter Npton Sinclair, der Verfasser des „Gump“, ist, wie wir schon mitteilten, von der sozialistischen Partei des Staates New Jersey als Kongresskandidat aufgestellt worden. In seinem „Öffentlichen Schreiben“, worin er seinen Wählern mitteilt, daß er die Kandidatur annimmt, sagt er über den Verstrickungsband: Die Wähler gehen ihren alten Weg der Volksvergiftung und der Lüge. Sie haben sich literarische Profitiererei gemietet, die für sie die Verteidigung führen und das Land mit betrügerischen und unwahren Büchern und Zeitschriften überschwemmen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonte der Presse. Das Stuttgarter Schöffengericht verurteilte den Genossen Sauerherb von der „Schwäbischen Tagwacht“ zu einer Woche Gefängnis wegen Verleumdung eines Geistlichen, der in einer Predigt die freilorganisierten Arbeiter ehrlose und charakterlose Menschen genannt hatte. Außerdem war freigesprochen worden, daß der Herr eine 77-jährige Greisin zu fünf Wochen Gefängnis hatte verurteilen lassen, weil sie ein Gericht weiter erzählt hatte, wonach der Pfarrer mit seiner Küchin geschlechtlich verkehrt habe. Der Pfarrer hat das unter Eid bestritten, er hat aber auch die Verleumdung der Arbeiter bestritten. Dinkler erklärte, indes der Redakteur des „Wörter“, eines bürgerlichen Blattes, daß er jederzeit beschwören könne, die betreffende Äußerung in der Predigt des Pfarrers gehört zu haben.

Biergeln Tage Gefängnis wurden dem Genossen Stauffer von der Bremer „Vürgerzeitung“ publiziert wegen Verleumdung eines Straßenbahnkontrollieurs.

Soziales.

Rechtsprechung für private Versicherungsverträge vom Reichsgericht für unanwendbar erklärt.

Die Frankfurter Transport-Versicherungsgesellschaft hatte den Lederhändler W. für den Fall der Invalidität (gänzlicher und teilweiser) versichert. Im März 1901 passierte dem W. ein Unfall, der ihm einen Wadenbruch und Ansehlerbruch zutrug. Er suchte infolgedessen die Versicherungsgesellschaft wegen dauernder Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit zu 25 Proz. bei einer Berechnung von 10 Mark pro Tag gänzlicher Invalidität, in Anspruch zu nehmen.

Landgericht und Kammergericht Berlin wiesen den Kläger mit seinem Anspruche ab, gestützt auf ein Gutachten des Dr. P., welches besagt, daß die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit des Klägers vorübergehend in ganz kurzer Zeit befristet sein wird. In der Berufungsinstanz hatte der Kläger beantragt, ein neues Gutachten zu erheben, da sich sein Ruf verunsichert habe. Das Kammergericht hielt das aber nicht für nötig, indem es aussprach, daß nicht zu erheben sei, weshalb die einmalige Untersuchung durch einen Gerichtsarzt nicht genügen solle. Auf die Revision des Klägers wurde das Vordereitel vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen.

In der neuen Verhandlung hörte das Kammergericht den indessen an die Stelle des ersten Gutachters getretenen Dr. St. Dieser führte in eingehender Begründung aus, daß eine Verlesung der Ansehlerkrankung habe und bei dem Kläger deshalb eine dauernde Verminderung der Erwerbsfähigkeit fortbestehen würde. Er bemah die Höhe der Erwerbsbeschränkung zu 25 Prozent. Die Versicherungsgesellschaft erhob dagegen unter anderem die Einrede, daß Kläger gegen § 10 Absatz 2 der Bedingungen verstößt habe. Dem er habe einer Aufforderung der Gesellschaft, sich einer neuen Untersuchung ihres Vertrauensarztes zu unterwerfen, nicht Folge geleistet, trotzdem der genannte Paragraph den Versicherungsnehmer beim Verlust aller Ansprüche verpflichtet, sich jeder verlängerten Untersuchung seitens des Vertrauensarztes der Gesellschaft zu unterziehen. Nach § 11 der Versicherungsbedingungen habe der Kläger somit alle Ansprüche verwirkt. Das Kammergericht

Langjährige Erfahrung hat uns gelehrt, dass milder, lieblicher Geschmack eine der hervorragendsten Qualitäts-Eigenschaften feiner türkischer Cigaretten ist. Wir haben aber auch gelernt, dass milder Geschmack ohne Einbusse an Aroma nur erreicht werden kann durch sachkundige Mischungen der sorgfältigst gewählten reifen Blätter türkischen Tabaks, zusammengestellt in genau harmonischem Verhältnis. Wir sind sicher, dass jeder Kenner welcher

JOSETTI CIGARETTEN

probiert, zu der Ueberzeugung gelangen wird, dass wir in unseren Mischungen es erreicht haben, feinen, milden Geschmack mit köstlichem, qualitativem Aroma zu verbinden. Josetti-Cigaretten sind deswegen aussergewöhnliche Cigaretten nach jeder Richtung hin. Sie repräsentieren nicht allein den besten türkischen Tabak, welchen wir zu kaufen wissen, und nicht nur die sachverständigste Fürsorge in der Behandlung desselben, die man obwalten lassen kann, sondern auch sachkundig zusammengestellte und daher vollkommene Mischungen, die nur durch unermüdete Aufmerksamkeit verbunden mit kritischer Beurteilung erreicht werden können. Es sind die Mischungen, welche den Josetti-Cigaretten ihren eigentümlichen, hochfeinen, qualitativollen Geschmack geben.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.



Zug mit für Josetti-Cigaretten bestimmtem Tabak beladener Packtiere.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Modelltischler.

Donnerstag, den 25. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, in Schmid's Gesellschaftshaus, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung
der Modell- u. Fabrik-tischler sowie Modell-drechsler.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Nitsche: Was ist die wirtschaftliche Entwicklung? 2. Branchenangelegenheiten. 3. Beschlüsse.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl. Zweigverein Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:

Mitglieder-Versammlung sämtlicher Altfordarbeiter speziell Mundenträger.

Tages-Ordnung:
1. Unsere nächstjährige Lohnforderung und welche Stellung nehmen wir dazu? Referent: Kollege Oskar Böttcher. 2. Diskussion.

Achtung! Öffentliche Achtung! Volks-Versammlung

am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Berg-Strasse Nr. 151/152.

Tages-Ordnung:
1. Der Kampf gegen das Koalitionsrecht durch die Zwangsinnung der Barbier Rixdorfs. O. Wermke.
2. Diskussion.
Nicht eines jeden Parteigenossen ist es, diese Versammlung zu besuchen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermke, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SV

Hochwald

und Landbargellen, Quadratruße von 12 St. an, in Hohen-Neudorf (Nordbahn). Dagegen unter Kontor Schönfliegers-Strasse 13.

Nieschalke & Nitsche
Landsbergerstr. 46.
Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schnell, dankt, Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Lahand, Oranienburger Strasse 4, 1.

Graumanns Festsäle

Bühne! Naunynstr. 27 3 Kegelbahnen
Sonnabends u. Sonntags im Dezember, zu Weihnachtsbescherungen, desgl. auch Silvester und Neujahr noch frei.
G. Graumann. Amt 4 No. 7894.

Mühlhäuser Kautabak
von Hugo Carl Hagenbruch, Wühlhausen i. Th. nur echt, wenn die Köstchen den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefäll. genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 1964
Berlin SW., Großbeerenstrasse 39. Amt VIa, 10560.



Der Kenner

der sich den Genuß von solchem Speise-Leinöl verschaffen will, sollte niemals veräumen, bei Einkauf desselben ausdrücklich zu verlangen

M. Krügers Speise-Leinöl
und auf nebenstehend abgebildete, gefällig geköhlte Leinöl-Flaschen mit Stikett „Spreewälderin“ zu achten; denn

M. Krügers Speise-Leinöl ist das beste
täglich frisch und garantiert rein.
Dasselbe ist in allen besseren Kolonialwaren- und Vorloß-Geschäften zu haben.
Engros-Lager: Berlin SO., Skalitzerstraße 105.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog im Empfohl. viel. Anzeig. u. Prof. grat. u. g. H. Unger, Gummiwaren-Fabrik Berlin NW., Friedrichsstrasse 91/92.

Frieda Logan
im Alter von 19 Jahren nach kurzem schwerem Leiden verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen Gustav Logan nebst Frau und Sohn.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Jakobikirchhof, Rixdorf, Berlinmerstraße statt. 27482

Albertine Krause geb. Kirsch im 53. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Frauenhaus aus auf dem alten Sophienkirchhof in der Bergstraße statt.

Bruno Krause, Kapenhagenstraße 7.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Frauenhaus aus auf dem alten Sophienkirchhof in der Bergstraße statt.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes Heinrich Fischer sage ich allen Freunden, Bekannten und Bekannten, sowie den Mitgliedern des 117. Bezirks des Sozialdemokr. Wahlvereins Berlin VI und dem Gesangsverein „Lied hoch“ meinen herzlichsten Dank. Wm. Fischer nebst Kindern.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am 18. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Maler

Hermann Koch,
Grünhaldenstr. 46.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Paulskirchhofes in der Bergstraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht!
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 17. d. Mts. starb unser Mitglied der Köpfer

Heinrich Fischer,
Prinzen-Allee 33.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21., auf dem Gemeindefriedhof in Nieder-Schönhausen statt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Am Dienstag, den 23., starb unser liebe Kollege, der Schriftsetzer

Oskar Schulz
nach kurzem Leiden im Alter von 56 Jahren.
Ehre seinem Andenken wird nach ihm bewahren

Das Personal der königlichen Hofbuchdruckerei von E. S. Mittler & Sohn.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 26., nachmittags 4 Uhr, auf dem Sebastiankirchhofe in Reinickendorf, Gumboldstraße statt. 22906

Verein der Töpfer Berlins und Umgegend.

Am 23. Oktober starb nach dreizehntägigem, schwerem Krankenlager im 41. Lebensjahre unser Kollege

Stanislaus Kostinsky.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Berlinerstraße, aus statt. 295/16
Um rege Beteiligung erucht!
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Kolleger

Karl Neumeister
am 21. Oktober gestorben ist und am 24. Oktober zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!
95/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Klimpel
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Pazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Berlinerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
159/2 Die Ortsverwaltung.

Zahnärztliche Klinik

Baile-Alliancestr. 106 I. Schmerzl. Zahnziehen unentgeltlich.

Bei künstl. Zähnen, Plomben etc. werden nur die Auslagen vergütet. Gebühret v. 2-6 Uhr.
Sonntags 10-12 Uhr.

Morgen Freitag

gibt es wieder Frische Blut- u. Leber-

Wurst

in bekannter, tadelloser Qualität. Rich. Augustin Oranienstr. 103
Hofpartee. Frühstücks- und Mittagstisch.

Säle und Vereinszimmer noch mehrere Hochzeiten frei.
Telephon: Amt IV, 5052.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht

Grosser Verkauf Glas, Porzellan und Wirtschaftsartikel

Glas und Kristall

Wasserbecher gepresst	5 Pf.	6 Pf.
Mundwasserbecher		9 Pf.
Wasserbecher Rundboden geschliffen	22 Pf.	
Bierbecher mit Bordüre	10 Pf.	
Bierbecher mit Gambirusbild	9 Pf.	
Victoriabecher geschliffen mit Goldrand 0,2 und 1/2 Liter	23 Pf.	
Satz-Salatiären Weinsaub, gepresst, Satz = 6 Stück	90 Pf.	
Fruchtschalen auf Fuss, gepresst	45 Pf.	70 Pf.
Salat- u. Compotschalen mit Musterschliff-Eibing ca. 12 16 18 21 24 cm	50 Pf.	65 Pf. 90 Pf. 115 145
Compotteller Musterschliff-Eibing	28 Pf.	
Compotteller Olivenschliff	18 Pf.	20 Pf.

Ein Posten

Frühstücksservice für 2 Personen echtes Porzellan, 6 teilig, mit Plateaux, moderne Rokokoform 1²⁵

Trinkgarnituren, echtes Kristall

mit ganz reichen Musterschliffen

über die Hälfte im Preise ermässigt

Garnitur „Talma“ reich geschliffen

Bowlenkelche	60 Pf.
Rot- und Rheinweinkelche	55 Pf.
Madeirakelche	45 Pf.
Liqueurkelche	35 Pf.
Champagnerkelche	55 Pf.
Bierbecher	60 Pf.
Caraffen	1,45 1,85 2,25

Garnitur „Magdeburg“ Blumenschliff

Bowlenkelche	1,90
Rot- und Rheinweinkelche	1,85
Madeirakelche	1,60
Liqueurkelche	1,85
Champagnerkelche	1,85
Bierbecher	1,75
Caraffen	2,85 3,90 4,85

Garnitur „Brooklyn“ reich geschliffen

Bowlenkelche	1,10
Rot- und Rheinweinkelche	95 Pf.
Madeirakelche	75 Pf.
Liqueurkelche	55 Pf.
Champagnergläser, hoch u. nieder	95 Pf.
Bierbecher	1,10
Caraffen	2,85 3,90 4,85

Garnitur „Alsaha“ schwer geschliffen

Bowlenkelche	1,45
Rot- und Rheinweinkelche	1,85
Madeirakelche	95 Pf.
Liqueurkelche	85 Pf.
Champagnergläser, hoch u. nieder	1,85
Bierbecher	85 Pf.
Caraffen	3,25 5,50 7,50

Waschgarnituren Fayence dekoriert

4teilig m. Fonddekor. od. Druckmuster	145	5teilig ganz grosse Formen	575 635 960
5teilig grosse Formen	285 325 465 525	Toilette-Eimer in grosser Auswahl	

Dekor. Porzellan

Tafelservice für 6 Personen 22 teil.	1285
Tafelservice für 6 Personen 30 teil.	1350 1650 2050
Tafelservice für 12 Personen 45 teil.	2485
Tafelservice für 12 Personen 60 teil.	3700 4500
Tafelservice für 12 Personen 80 teil.	5700 7250
Kaffeesevice 9 teilig für 6 Personen m. aparten Decors u. reicher Vergoldung	
Statt 5,75 4,75 4,85 6,00 8,50	2,90 3,65 3,90 4,85 5,75
Kaffeesevice 16 teilig für 12 Personen in hochfeiner Ausf., m. dünnen Tassen	
Statt 12,50 15,00 15,50 19,75	8,50 9,25 9,85 14,50
Porzellan-Kaffeegeschirr rot u. grün, mit engl. Druckmuster zu bedeutend herabgesetzten Preisen	
Kaffeekannen	180 145 170
Teekannen	85 Pf. 110 140
Sahnentöpfe	32 Pf. 38 Pf. 70 Pf.
Zuckerboxen	55 Pf. 70 Pf. 90 Pf.
Kaffee-, Teetassen 38 Pf. Dessertteller 32 Pf.	

Ein grosser Posten Tafelservice echt Limoges und erstklassige deutsche Fabrikate 50% im Preise herabgesetzt
Gekaufte Tafelservice und Trinkgarnituren werden auf Wunsch bis zum Weihnachtsfest aufbewahrt.

Extra-Verkauf im Lichthof:

Limoges-Tafelgeschirre

reich dekoriert, mit echter Vergoldung erheblich unter Preis

Teller nach u. tief 45 Pf.	Dessertteller 35 38 Pf.
Bratenschüsseln oval	185 245 390 485
Bratenschüsseln rund	185
Gemüseschüsseln mit Deckel	275
Salatiären 185 185	Sauciären 185
Suppenschüsseln für 12 Personen	475

Weisses Porzellan

Kaffeegeschirre neukonische Form m. Deckelschutz

Kaffeekannen	15 25 35 42 Pf. bis 100
Teekannen	35 42 48 Pf.
Milchkannen	5 6 8 10 bis 45 Pf.
Zuckerboxen diverse Formen	15 Pf.
Tassen mit Untertassen, div. Formen	7 Pf. 10 Pf.

Tafelgeschirre gerippte Form

Teller nach u. tief 15 Pf.	Dessertteller 7 10 Pf.
Salatiären rund 20 38 48 Pf.	15 20 28 35 42 Pf.
Salatiären viereckig, gerippt	15 25 35 42 48 Pf.
Bratenschüsseln oval	15 22 30 38 80 Pf.
Suppenterrinen	85 Pf. 98 Pf. 155 185
Sauciären diverse Grössen	48 Pf.
Gemüseschüsseln mit Deckel	48 Pf. 60 Pf. 70 Pf.

Stahl- u. Nickelwaren

Kaffeesevice in Qual. (Kanne, Salbender, statt 9,00 12,00 gläser, Zuckerd., Tabl.)	7,50 9,75
Kaffeesevice in Qual. (Kanne 1 1/2 Ltr., Salbender, Zuckerd., Tabl.)	11,75
Servierbrätter Fayence-Kanal, boh. Rand u. Glanz. Wort bis 6,50	2,50 2,75 3,00
Spirituskocher für die Tafel, Teewärmer mit durchdr. Nickelplatte	2,00
Teeglashalter mit grav. Gläsern	45 85 Pf. 1,25
Tee-Siebe in 3 verschied. Mustern	35 Pf. bis 1,20
Tee-Eier mit Kette	25 Pf.
Tee-Brüher Lötelform	75 Pf.
Brotkörbe m. Fayence-Binlage	90 Pf. ohne Binlage 50 65 Pf.
Butterdosen mit vernickeltem Teiler und Deckel	45 Pf.
Cabaret-Menagen mit 4 Glasinsätzen	3,00
Geflügelscheren echt Solinger	1,90 bis 4,90
Aufschnittgabeln m. schwarz, weissen u. vernickeltem Heften	40 45 Pf.
Obstmesser in reicher Auswahl Dtsch. 2,00 bis 18,75 Ständer dazu	1,75
Bestecke mit 4 Zink-Gabel u. polierem Ebenholshelb	8,75
Bestecke mit 4 Zink-Gabel und vernickelten Heften	4,75

Emaille

Eimer ca. 28 cm Durchmesser, blau	80 Pf.	Maschinentöpfe	24 Pf. 26 Pf. 32 Pf. 50 Pf.
Eimer ca. 28 cm Durchmesser, grau	70 Pf.	Kartoffeldampftöpfe	100 125
Eimer mit Deckel für Kehrlicht	1,25	Suppenterrinen mit Deckel	45 Pf. 50 Pf. 75 Pf.
Toilette-Eimer mit Deckel	1,75 1,60	Kaffeeflaschen	35 Pf. 42 Pf. 50 Pf. 55 Pf.
Eimer 7. dekoriert, Edelweiss oder Delft, mit Messing-Bügel	3,25	Bratenschüsseln oval und rund	25 Pf. bis 1,70
Wannen oval	1,25 1,55 1,85 3,50	Teller in 3 Grössen, durchweg	10 Pf.
Schmortöpfe	35 Pf. 45 Pf. 65 Pf. 80 Pf.	Petroleumkannen 1 bis 4 Liter	100 bis 1,70
Casserollen	25 Pf. 28 Pf. 32 Pf. 80 Pf.	Wasserkrüge grosse	50 Pf. bis 1,00

Ein Posten Teekannen, Kaffeekannen, Zuckerboxen, Sahnegiesser, bis zur Hälfte des Preises ermässigt

Wirtschafts-Artikel

Waschtische geschlossen, Plattform	1,65	Spiritus-Heizöfen Arminius	1,50
Wäschetrockner	50 Pf. 1,00	Gas-Heizöfen	7,00 7,25 10,75 19,50
Gardinen-Spanner bewährtes System	1,25	Majolika-Gasöfen mit Messing-Montierung für grosse Räume	7,50
Putzkommoden mit Tür und Schubkasten	2,75	Heizröhren	85 Pf.
Teppich-Kehrmaschinen	7,70 10,85 15,00	Ofenvorsetzer in neuesten Dessins	2,50 bis 15,00
Gasplättisen 2. vernickelt, 2 Plättchen und Erhitzer	5,00	Wringmaschinen Ia Qualität	9,75 10,75 12,50
Petroleum-Heizöfen	9,50 10,50 bis 25,00	Messerputzmaschinen	3,50 und 5,95

Beleuchtungs-Artikel

Speisezimmer-Kronen 4 flammig	4,95 5,50
Salon-Kronen 3 flammig	1,95 2,25 2,80
Perl-Ampeln für Schlafzimmer, für Gas	1,45 2,20
Perl-Ampeln für Schlafzimmer, Elektrisches Licht	3,50
Zug-Ampeln Bronze, 2 teilig	1,35 1,55
Zug-Ampeln in besserer Ausführung mit Perlfans	1,95

Die Preise verstehen sich incl. Anhängen, fertig montiert.

Bettstellen

Metall-Bettstellen m. Stahlfeder-Matratze 80 x 190 cm	17,90 21,50 25,00
Metall-Bettstellen m. Stahlfeder-Matratze 90 x 190 cm	23,00 27,00
Metall-Bettstellen Kieglste Form m. Messing-Verzierang, 90 x 190 cm	29,00 32,00 38,00

Chaiselongues

Chaiselongue Moltonbezug Patent-Verarbeitung	25,50
Chaiselongue Moltonbezug mit 45 Federn	28,50
Chaiselongue Satin-Moltonbezug, Patent-Verarbeitung	31,75

Matratzen

Matratzen Seegrasfüllung, Rot-rosa gestreift Drillbezug 80 x 190 cm	7,50
Matratzen Seegrasfüllung, Rot-rosa gestreift Drillbezug 90 x 190 cm	8,50
Matratzen Indialaser-Füllung Rot-rosa gestr. Drillbezug 80 x 190 cm	9,00
Matratzen Indialaser-Füllung Rot-rosa gestr. Drillbezug 90 x 190 cm	10,50

Wären. Mitin entstehen bei einer Erbgeregung gerade infolge der Verschleissklärung Weiterungen. Ist jemand vor den Augen eines anderen ertrunken, so genügt dies zur sofortigen (einige Wochen eventuell verzögerten) Ausstellung der Sterbeurkunde. Das Urteil des Reichsgerichts entspricht mithin dem billigen Empfinden, fast unerklärlich erscheint die in erster Instanz erfolgte Beurteilung.

Eine Rabenmutter.

Die Frau eines Gewerbetreibenden in Jena wurde vom dortigen Schöffengericht zu der Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie wurde überführt, ihren vierjährigen Knaben, der vorehlich geboren, später aber legitimiert worden ist, in der unheimlichsten Weise mißhandelt zu haben. Als Züchtigungsmittel benutzte sie mit Vorliebe einen Ausklopfers und den hölzernen Stiel einer Möbelbürste. Der Körper des bedauernswerten Kindes war bei der Unterjuchung über und über mit blauen Flecken bedeckt. In der letzten Jahreszeit mußte das arme Geschöpf wiederholt barfüßig und nur mit dem Hemd bekleidet auf dem Korridor verweilen, wenn es ein Bedürfnis zu verrichten hatte. Die Anwaltschaft hatte acht Monate Gefängnis beantragt.

Kampf um den amerikanischen Dokortitel.

Der amerikanische Dokortitel beschäftigt seit längerer Zeit die hiesigen Strafgerichte, da seitens der Behörden die rechtmäßige Führung dieses Titels, insbesondere seitens vieler Zahnärzte, angefochten wird und die Inhaber solcher amerikanischer Dokortitel mit Strafmandaten belegt werden. Einen solchen Kampf führt seit Anfang des Jahres 1906 der Zahnarzt Dr. B. Dieser erhielt einen gerichtlichen Strafbefehl über 20 M. wegen unbefugten Führens des Titels chir. dent. beim Dr. sur. dent. Gegen diesen Strafbefehl erhob er Einspruch und berief sich auf die königl. Verordnung vom 7. April 1897, wonach die Führung der bei auswärtigen Universitäten erlangten Dokortitel im Inlande nur in solchen Fällen der ministeriellen Genehmigung bedürfen, wenn diese Titel nach dem 15. April 1897 erlangt sind. Dies trifft aber auf den vorliegenden Fall nicht zu, denn hier war das Diplom vom Februar 1897, also vor Inkrafttreten der qu. Verordnung datiert und erteilt. Ferner berief sich Dr. B. auf amtliche Aufkunst der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika dafür, daß die Akademie Illinois zur Erteilung von Doktor-Diplomen berechtigt war. Das Schöffengericht kam feinerzeit zu einer Beurteilung des Angeklagten wegen unbefugter Führung des Dokortitels und belegte ihn mit 20 Mark Geldstrafe. Die hiergegen eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer verworfen. Dr. B. ließ Revision einlegen. Das Kammergericht hob das Urteil auf und hielt zunächst die Prüfung der Fragen für notwendig, ob

Der Angeklagte das Recht zur Führung des Dokortitels überhaupt erworben und ob und wann er dieses Recht verloren habe; insbesondere sei zu prüfen, ob an der Universität, bei welcher der Angeklagte den Titel erworben, Vorlesungen gehalten und die Wissenschaft gepflegt wurde und ob dieser Universität nach den Gesetzen ihres Staates das Recht zur Verleihung von Titeln zustand. In der erneuten Verhandlung vor der Strafkammer, welche gestern stattfand, wurden diese Fragen auf das eingehendste geprüft. Insbesondere machte der Verteidiger geltend, daß der Angeklagte, der bei der hiesigen Friedrich-Wilhelms-Universität das Examen als Zahnarzt absolviert hat, unmöglich annehmen konnte, daß es sich bei der Akademie Illinois um ein privates Unternehmen handelte, welches gegen hohe Bezahlung Titel verleihe, da er an derselben vielen Vorlesungen beigewohnt und selbst mehrere wissenschaftliche Arbeiten über zahnärztliche Kunst eingereicht hatte. Mitin habe er die Wissenschaft gepflegt und nach Einreichung seiner Doktorarbeit habe er erst recht der Annahme sein können, daß die Akademie Illinois eine staatliche Einrichtung sei und das Recht habe, ihm den Dokortitel zu verleihen. Da hiernach dem Angeklagten der gute Glaube nicht verjagt werden könne, beantragte der Verteidiger die Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei. Eine grundsätzliche Entscheidung über die Berechtigung zur Führung ausländischer Titel erfolgte also nicht.

Sunlicht Seife advertisement with illustration of a woman and text describing the soap's cleaning power and availability.

Kleine Anzeigen advertisement with details on pricing and submission instructions.

Verkäufe.

Various real estate and furniture listings including rooming houses, apartments, and furniture for sale.

Monatsanläge und Winterpaletts.

Real estate listings for monthly tenancies and winter apartments in various locations.

Winterpaletts, Monatsanläge.

Real estate listings for winter apartments and monthly tenancies.

Patentanwalt Bessel.

Professional listings for patent attorneys and other services.

Arbeitsmarkt.

Job advertisements and employment opportunities.

Stellengesuche.

Job seekers' advertisements and requests for employment.